Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 23.-30. Sept. 15 Mill. M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12–1 u. 5–6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 1 200 000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 6 Mill. M. f. Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 2½ Mill. Mk. | Freitag, den 28. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 227

An das gesamte arbeitende Volk!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende und Bauern!

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat vor Poincaré kapituliert

Sie hat den passiven Widerstand eingestellt. Das bedeutet, trotz all ihrer Beteuerungen, die vollkommene Unterwerfung unter das Diktat des französischen Imperialismus. Deutschland soll unter feindliche Vormundschaft gestellt, in eine Kolonie verwandelt werden. Das heißt schlimmeren Druck und schändliche Ausplünderung des deutschen Volkes. Die Löhne sollen noch niedriger, die Sozialrenten, die Arbeitslosengelder beschnitten, der Hunger noch fürchterlicher werden. Unerträglich lang soll die Arbeitszeit werden und schrecklich der Umfang der Arbeitslosigkeit.

Wenn das alles gelingen soll, so muß die Arbeiterschaft erst niedergeschlagen werden.

Und sie haben es alle verstanden, die kapitalistischen Regierungen, die großen Plünderer des deutschen Volkes, Stinnes, Krupp u. Ko., die Landsknechtsgenerale und die faszistischen Arbeitermörder.

Die Rheinbündler,

die Landesverräter und Aasgeier des Ruhrkrieges, die Schützlinge des französischen Militarismus, sind drauf und dran, das Rheinland vom Reiche abzutrennen. Die Auflösung Deutschlands beginnt.

[illegible]

ruft in München zum Generalsturm auf. Von Bayern aus will er ganz Deutschland aufrollen. In Sachsen und Thüringen wollen sie das große Schlachten beginnen. Um Berlin herum sammeln sich faszistische Banden. In den Provinzen werden sie mobilisiert.

Ueber Bayern ist von der Knilling-Regierung der Belagerungszustand verhängt worden.

Kahr,

der Held des Kapp-Putsches, der Feind der Reichseinheit, ist zum unumschränkten Diktator ernannt worden. Die Monarchie ist in Bayern auf dem Marsch.

Ebert, Geßler, Seeckt

haben das als Vorwand benutzt, und den Belagerungszustand über ganz Deutschland verhängt. Geßler hat als Reichswehrminister zusammen mit dem General Seeckt die verbotenen bewaffneten Banden des Großkapitals ausgerüstet und eine schwarze Reichswehr aufgestellt. Die Sozialdemokratie forderte vor Eintritt in die Koalitionsregierung die Beseitigung dieses Reichswehrministers Geßler. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert aber hat jetzt demselben Geßler diktatorische Vollmachten in die Hand gegeben. Alle politischen Rechte, jeder Schutz der Verfassung ist aufgehoben, der Militarismus herrscht schrankenlos.

Ausnahmejustiz, Todesstrafen!

So schreit es aus den Verordnungen Eberts heraus.

Gegen wen sind diese furchtbaren Drohungen und Rüstungen gerichtet? Gegen die Landesverräter der Rheinland-Republik? Kein Ebert und kein Stresemann kann an sie heran. Sie stehen unter dem Schutze der französischen Waffen. Ist er gerichtet gegen die Faszisten und gegen die Bayern-Regierung, die Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen und das Reich zerschlagen wollen? Nein! Mit ihnen zusammen wird ein abgekartetes Spiel betrieben.

Gegen die Arbeiterklasse!

Gegen Sachsen und Thüringen!

Der Kampf gegen das deutsche Proletariat ist vorbereitet worden durch die Koalitionsregierung, durch die Unterdrückung der Betriebsrätebewegung, durch die Verfolgung und die Verbote der kommunistischen Presse, durch die Verhaftung kommunistischer Funktionäre, durch die Blutbäder unter den Hungernden in vielen Städten Deutschlands.

In diesem Kampfe versuchen die Feinde des Proletariats, die Arbeiterklasse zu spalten, sie zu provozieren, um sie vereinzelt niederschlagen und so die

absolute Herrschaft des Großkapitals

über die Arbeiterklasse aufrichten zu können.

Für diesen Kampf, den furchtbarsten, vor dem die deutsche Arbeiterschaft je gestellt wurde, ist die höchste Tatbereitschaft, die größte Entschlossenheit und festeste Geschlossenheit aller arbeitenden Massen notwendig.

Wo steht die Vereinigte Sozialdemokratische Partei?

Ihre rechten Führer, die politisch längst bankrott sind und das Vertrauen ihrer eigenen Parteigenossen schändlich mißbraucht haben, dulden nicht nur die Vorbereitungen zur Abschlachtung und Versklavung des Proletariats, sie sind die Hauptschuldigen bei diesem Unternehmen.

Ebert, der Kumpan Noskes, der Feind der sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen, hat Geßler gegen seine eigene Partei geschützt und ihn jetzt zum Diktator gemacht.

Hilferding bereitet die „Gesundungskrise" vor, indem er eine Goldwährung für die Reichen schafft und die Reichsfinanzen zu retten sucht durch die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialrenten und die Aufhebung des Achtstundentages.

Sollmann, der sein Amt begann mit der Unterdrückung der „Roten Fahne" und dem Verbot der Betriebsrätebewegung, er setzt jetzt seine ganze Polizei gegen die Arbeiter ein. Er, der schwarzrotgoldene Nationalist, will die Arbeiter gefügig machen für die Unterwerfung unter das französische Diktat.

Radbruch organisiert die Sondergerichte gegen die Arbeiterklasse.

Alle diese rechten Führer in der Regierung handeln im Einverständnis mit den Instanzen der VSPD. Sie bilden, ihrer alten Verräterrolle getreu, eine einzige Front mit den Großkapitalisten, den Generalen, der Reichswehr und den Faszisten. Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands hat am 24. September 1923 an die Spitzenkörperschaften der VSPD., des ADGB., der AfA., der USP gegen die VKPD. die Forderung eines gemeinsamen [illegible] kratischen Partei- und Gewerkschaftsführer haben dieses Angebot abgelehnt, sie haben zusammen mit der Bourgeoisie

Militärdiktatur und Belagerungszustand

gegen die Arbeiterklasse verhängt. Sie appellieren nicht an das Proletariat, sie appellieren an die reaktionären monarchistischen Offiziere, an die schwarze Reichswehr und an die konterrevolutionären Verbände.

Die Führer des linken Flügels der Sozialdemokratie behaupten, die Gefahren zu sehen. Aber ihnen fehlt die Entschlossenheit. Sie warten ab. Wollen sie tatlos warten, bis es zu spät ist?

Wir aber wissen, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen gewillt und entschlossen sind, zusammen mit den Kommunisten, mit der gesamten revolutionären Arbeiterschaft den Kampf aufzunehmen.

Eine eiserne Front des gesamten Proletariats!

muß gebildet werden. Ueberall in den Betrieben und an allen Orten müssen die Arbeiter ohne Unterschied der Partei zusammentreten und den gemeinsamen Schutz und Trutz vorbereiten. Sie müssen die Gewerkschaften und die Parteien am Orte in die Front einreihen. Die Betriebsräte müssen zusammentreten.

Abwehrausschüsse müssen gebildet werden.

Ihre Aufgabe ist es, den Generalstreik über ganz Deutschland vorzubereiten. Er muß die Antwort sein auf jeden Angriff auf das Proletariat.

Arbeiter! Seid wachsam! Duldet nicht, daß man einzelne Teile von Euch niederwirft. Laßt Euch nicht in Einzelkämpfen aufreiben.

Wenn die fünfzehn Millionen deutscher Arbeiter entschlossen zusammenstehen, dann wird es gelingen, die fünfhunderttausend Arbeiterfeinde niederzuwerfen. Dann ist der Sieg des Proletariats gewiß.

Arbeiter, Genossen! Schwer und gewaltig wird der Kampf werden, den Euch die Feinde aufgezwungen haben. Kämpft ihn durch, wenn er beginnt, mit aller Tatkraft, Begeisterung und Opferfreudigkeit. Es geht um Euer und der Euren Leben. Es geht um Euren Sieg. Es geht um das Schicksal des internationalen Proletariats.

Reißt alle Kräfte zusammen!
Nieder mit den Faszisten!
Fort mit der Großen Koalition der kapitalistischen Plünderer!
Weg mit Belagerungszustand und Militärdiktatur!
Die Waffen in die Hände der Arbeiter!
Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!
Mögen die Reichen Reparationen zahlen!
Es lebe der Massenstreik!
Es lebe der Kampf!

Berlin, 27. September 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der III. Internationale).

Diktatur der Faszisten — Kapitulation vor Poincaré — Ausnahmezustand gegen das Proletariat

Die Republik hat kapituliert. Sie kapituliert vor Poincaré und vor den Faszisten. Die Republik lieferte alle Staatsmacht an das Dreimänner-Direktorium: Seeckt, Geßler, Lossow.

Während bis vor wenigen Tagen die Sozialdemokratie, wenn auch nur insgeheim, noch einen Kampf gegen Geßler führte, d. h. gegen Geßler-Seeckt, so hat sie nun alle Staatsmacht an die Leitung der Reichswehr und das heißt — an die Faszisten ausgeliefert. Der Belagerungszustand über das Reich ist objektiv ganz zweifellos eine **Kriegsvorbereitung gegen das Proletariat.** Der Belagerungszustand über das Reich ist weiter der Versuch, die norddeutschen mit den süddeutschen Faszisten in eine Linie zu bringen und so einige widerstrebende Elemente schachmatt zu setzen. Sollte Hitler trotzdem einen Versuch machen, loszuschlagen, so gilt es nicht, die Republik zu retten, denn sie ist nicht mehr bedroht, die haben die Ebert-Hilferding an Seeckt-Geßler und Hitler-Ludendorff ausgeliefert, — dann gilt es für das Proletariat, unmittelbar seine besten Stützpunkte: **Sachsen und Thüringen zu schützen.** Die Waffen in der Faust der Hitlerbanden würden selbstverständlich auch dem Proletariat die Waffen in die Faust drücken. Und ganz selbstverständlich dürfte das sächsische und thüringische Proletariat nicht allein im Kampfe stehen: die Gesamtarbeiterschaft müßte sich hinter die sozialdemokratischen und kommunistischen Proletarier stellen, die zuerst in Sachsen und Thüringen, und dann auch im ganzen Reich, von den Faszisten niedergeknüppelt werden sollen.

Faszisten zu verständigen. Darum zunächst die Auslieferung der Regierung an den Oberkommandeur konterrevolutionärer Kräfte, an Seeckt. Glückt es, durch diesen Trick die widerstrebenden faszistischen Elemente zu binden, dann kann die gesamte reaktionäre Kraft, die vollständige Staatsmacht, gegen die Arbeiterschaft, gegen das rebellierende, hungernde Volk eingesetzt werden. Wahrscheinlich wird man dann versuchen, auf dem kalten Wege der Verordnungen, der „Beglückung" Sachsens und Thüringens mit Reichskommissaren, denen unbeschränkte Gewalt gegeben wird, das Proletariat in Sachsen und Thüringen niederzuwerfen. Dann wird der wahre Zweck des Belagerungszustandes offenbar.

Hier liegt die größere Gefahr für das Proletariat. Gegenüber dieser Gefahr muß es erst recht auf der Hut sein, muß es in erhöhter Alarmbereitschaft stehen. Gegen den Versuch, Sachsen und Thüringen, d. h. die Bezirke mit starken sozialdemokratischen oppositionellen Schichten, mit den Mitteln der Staatsmacht und Unterstützung faszistischer Methoden zu erwürgen, muß das gesamte Proletariat zur Gegenwehr auf den Plan rufen. **Unter keinen Umständen darf man die sächsischen und thüringischen Brüder allein kämpfen lassen.** Nicht über Sachsen und Thüringen, über das Schicksal des gesamten Proletariats wird bei diesem Ringen entschieden.

*

In diesem Augenblick bekommt die Frage der Regierungsbildung eine neue, eine erhöhte Bedeutung. Die VSPD.-Bureaukratie möchte sich vor den Konsequenzen des Klassenkampfes, der Auseinandersetzung mit den Faszisten, herumdrücken. Jetzt heißt es: Farbe bekennen! Die Gefahr des Faszismus ist akut geworden. Die Gefahr der Niederknüppelung des Proletariats hängt von Entscheidungen der Stunde ab. Wer jetzt die Einheitsfront des Proletariats stört, der liefert es den Faszisten aus. Sozialdemokratische, kommunistische Arbeiter, alle proletarischen Existenzen müssen nun von der führenden Sozialdemokratie kategorisch verlangen:

1. **Verpflichtung, als Regierung sofort das Proletariat zu bewaffnen.**
2. **Als Partei, mit der KPD., mit anderen proletarischen Organisationen gemeinsame Kampfaufrufe herauszugeben.**
3. **Gemeinsame Abwehrorganisationen zu bilden.**

Weiter muß von den Sozialdemokraten das Zugeständnis gefordert werden, daß sie sich bereit erklären, durch Bildung eines **roten Blockes in Mitteldeutschland** sofort die Grenze durch Aufstellung einer bewaffneten Macht gegen Bayern zu schützen.

*

Das Spiel mit Worten ist nun aus. Gestern noch hat der ADGB. auf den Offenen Brief der KPD., in dem er zu gemeinsamem Kampf für die Interessen des Proletariats aufgefordert wird, höhnisch abweisend geantwortet, mit dem Bemerken, daß der ADGB. die Interessen der Arbeiter — und der Republik im gegebenen Augenblick durch Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel wahrnehmen werde. Wir fragen den ADGB.:

Welche gewerkschaftlichen Mittel setzt er nun ein zum Schutze der Republik, die der Sozialdemokrat Ebert, die die sozialdemokratischen Minister vollständig an den Militarismus, an die Faszisten ausgeliefert haben?

Wir fragen:

Welche Mittel will er gegen die Waffen der Faszisten einsetzen, um die Lebensinteressen der Arbeiter zu sichern?

Hier helfen keine Redensarten. Klipp und klar muß der ADGB. solche Fragen beantworten. Er muß sie den Gewerkschafts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0001
DFG

mitgliedern, er muß sie den sozialdemokratischen Arbeitern beantworten.

Die Auslieferung der Republik an die Faszisten, die Verhängung des Belagerungszustandes ist das Rüsten gegen Hungerrevolten, ist das Rüsten gegen die Arbeiterschaft, die vor vollständiger Verelendung sich schützen will — schützen durch Kampf. Der Ausgangspunkt für die jüngste Regierungsaktion liegt im Ruhrgebiet. Es ist die Kapitulation vor Poincaré. Diese Kapitulation ist mehr als ein politischer Akt; es ist eine Todeserklärung für einen großen Teil des deutschen Proletariats. Diese Kapitulation bedeutet Durchführung des Stinnesprogramms mit allen Mitteln, die das Kapital im Verein mit dem militaristischen Frankreich und den faszistischen Banden Deutschlands einsetzen will. Dies Programm bedeutet Ueberwälzung nicht nur aller Reparationslasten und aller Lasten des Ruhrkrieges, es bedeutet auch Verschärfung der Ausbeutung infolge erheblich vergrößerter Profitansprüche. Das englische, vor allem das französische Kapital, das sich nun mit dem deutschen Schwerkapital im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu einer holden Ausbeutergemeinschaft vereinigt hat, will Gewinn, will Riesengewinn aus den Knochen des Proletariats herausschinden. Das bedingt weitere Verschlechterung der Lebenshaltung, das bedingt die schon längst angekündigte Verlängerung der Arbeitszeit um zwei bis vier Stunden. Darum bedeutet Kapitulation auf Kosten des Proletariats, **wahnsinnige Verschärfung der sozialen Nöte**, Vernichtung, Hungertod für Millionen der werktätigen Bevölkerung.

*

Geht es um Lebens- und Sterbenswillen, dann muß die werktätige Bevölkerung danach ihr Verhalten einrichten. Abwarten hieße, sich erschlagen lassen. Es darf nicht abwarten, in dem Sinne, daß es die Ereignisse einfach über sich hereinbrechen läßt. In wenigen Tagen werden wenigstens die ersten Anzeichen der furchtbaren wirtschaftlichen Katastrophe durch unmittelbare Auswirkung der Kapitulation fühlbar werden. Dann spätestens muß das Proletariat aktiv **den Kampf aufnehmen.** Aber es darf den Kampf nicht **aufnehmen lokal.** Es darf sich nicht lokal oder gruppenweise niederschlagen lassen. Das Proletariat soll auch nicht den Kampf mit der Waffe in der Faust beginnen. Wird aber das Proletariat durch die Ueberfälle bewaffneter Faszisten, aus der Notwehr heraus, **gezwungen,** zur Waffe zu greifen, dann muß es die Waffe mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit gegen die Feinde und Verderber des Volkes gebrauchen. Noch hat die Arbeiterschaft die **Waffe des Generalstreiks** in Reserve. Welch wuchtige Waffe das sein kann, das hat der **Kapp-Putsch,** das hat seine Erledigung durch den Generalstreik gelehrt. Und noch ist in aller Erinnerung, daß nur der Beschluß des Generalstreiks in Berlin genügte, um das **Kabinett Cuno** wegzufegen. Mit welcher Waffe aber auch das Proletariat in den Kampf hineingehen muß, unter allen Umständen dürfen jetzt die Kämpfe nur noch **zentral,** mit der **ganzen proletarischen, einheitlichen Kampffront** aufgenommen werden.

*

Für welche Ziele muß die gesamte werktätige Bevölkerung den Kampf aufnehmen? Die Bourgeoisie hat den Ruhrkampf verspielt. Sie will ihn liquidieren auf Kosten des Proletariats. Die werktätige Bevölkerung wird ihn nur liquidieren auf Kosten des großen Besitzes: Sachwerterfassung für Reparationsleistungen, Beschlagnahme der im Ausland von deutschen Kapitalistien aufgespeicherten Kapitalien (Devisen, Wertpapiere usw.) zum Zwecke der Beschaffung von Rohstoffen für die Verarbeitungsindustrie und von Lebensmitteln zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Kontrolle der Produktion und Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen des Massenbedarfs. Erfassung auch der landwirtschaftlichen Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel unter Kontrolle und Beaufsichtigung der proletarischen Kontrollausschüsse. Beschlagnahme ... zur Bewirtschaftung im Interesse der Volksernährung. Sicherung der Werktätigen gegen faszistische Banden durch bewaffnete Organe der Arbeiterschaft in Stadt und Land. Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der vom Großkapital proletarisierten Mittelstandsschichten, der Kleinrentner, der Sozialrentner, der Kriegskrüppel, der Kriegshinterbliebenen, aller Kranken und Arbeitsunfähigen. Arbeitszwang für alle Arbeitsfähigen.

Das sind einige der dringendsten Maßnahmen, die unbedingt erforderlich sind, soll nicht die Bevölkerung Deutschlands in ein elendes Sklavenjoch unter der Herrschaft des deutsch-französischen Schwerkapitals hineingezwungen werden. Solche Maßnahmen kann niemand von einer Stresemann-Hilferding-Regierung erwarten. Keine bürgerliche, keine Koalitionsregierung ist in der Lage, im Kampf gegen das Kapital die Existenz des werktätigen Volkes zu sichern. Solche Sicherung ist nur möglich, kann nur erwartet werden von einer **Regierung des arbeitenden Volkes,** von einer Regierung, die durch den Willen der proletarischen Massen, der städtischen und ländlichen werktätigen Bevölkerung gebildet wird, einer Regierung, die sich stützt auf die **bewaffneten Organe des Proletariats,** einer Regierung, die die Produktion und die Verteilung der Güter unter die Kontrolle der Organe der Werktätigen stellt. Das kann nur eine Regierung sein, die getragen ist von dem Willen der Handarbeiter, der geistig Tätigen, der Kleingewerbetreibenden, der Kleinbauern, der Pächter, der ländlichen Arbeiter, die getragen wird von dem Willen der gewaltigen Mehrheit des Volkes:

eine Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Der VSPD.-Parteivorstand billigt den Ausnahmezustand

dagegen Protest der sächsischen und bayrischen Sozialdemokraten — Gegen die Kommunisten — sagt der „Vorwärts"

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. September.

Die Vereinigte Sozialdemokratie erläßt an der Spitze des „Vorwärts" einen Aufruf an die Partei, in dem sie den Ausnahmezustand gutheißt, in dieser Zeit aber alle zur Erhaltung des Staates Kräfte sammeln müßten, um ihm zu helfen, um die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft vor dem Fall zu bewahren. Währenddessen setzen die Reaktionäre aller Richtungen zu einem Stoß gegen die deutsche Republik an. Die VSPD. gibt vor, daß der Ausnahmezustand hauptsächlich gegen München gerichtet sei. Sie ruft alle ihre Parteigenossen auf, in gewohnter Disziplin zu folgen, aber nur, wenn die Partei sie ruft. Jede Sonderaktion muß unterbleiben. Die Arbeiterklasse wird die deutsche Republik verteidigen müssen, sobald der Ruf an sie ergeht. Im Leitartikel des „Vorwärts", in dem gleichfalls der Ausnahmezustand gutgeheißen wird, zeigt er auch den wahren Hintergrund des Ausnahmezustandes: „Die Ausnahmeverordnung ist erlassen worden zum Schutz gegen den drohenden Rechtsputsch. Wenn die Regierung gezwungen ist, gegen den drohenden Umsturz von rechts Maßnahmen zu ergreifen, so kann sie den Kommunisten nicht gestatten, daß sie zum Sturz der Regierung durch den Generalstreik aufrufen und bei ihren Anhängern den Anschein erwecken, als sollten sie im Sturm morgen oder übermorgen schon gewaltsam gegen die Staatsordnung anrennen. Wenn die Kommunistische Partei im Parlament protestiert, ist das ihr gutes Recht, aber sie soll Handlungen unterlassen, die einen entsetzlichen Krieg anrichten."

Eine ganz andere Sprache als der Parteivorstand führt die sächsische Sozialdemokratie. Landesarbeitsausschuß und Fraktion sind sich einig, daß die sächsische Regierung Gewähr dafür bietet, daß die Republik erhalten bleibt. Sie sind der Meinung, daß die Verordnung über Sachsen nicht erforderlich war. Die Bedenken gegen diese Handlung werden noch dadurch gestärkt, daß die vollziehende Gewalt in Sachsen ausschließlich der Reichswehr übertragen wird, während in Preußen ein Zivilkommissar ernannt wurde. Die Instanzen fordern einen Zivilkommissar für Sachsen, und zwar ein Mitglied der Regierung. Sie rufen die Arbeiterschaft zur größten Wachsamkeit und entschlossenstem Kampfeswillen auf, da trotz des Belagerungszustandes die Gefahr für die Republik groß ist. Bezeichnenderweise versucht der „Vorwärts", diesen Aufruf mit Glossen abzuschwächen.

Auch die bayrische Sozialdemokratie erläßt einen Aufruf. Sie fordert ihre Partei auf, wachsam zu sein. Aber sie schwächt bereits diese Wachsamkeit ab, indem sie sagt, ein Einsetzen ihrer Kraft zur Abwehr dürfe nur organisiert und nur nach den Weisungen der verantwortlichen Vertrauensleute erfolgen. Es heißt dann: „Seid bereit! Behaltet kühlen Verstand, bewahrt strengste Disziplin! Schützt das Reich!

Die „Münchener Post" befaßt sich in einem Leitartikel über die neue Lage in Bayern, in dem sie feststellt, was Ausnahmezustand heißt, was für Bayern eine richtiggehende Diktatur Kahrs bedeutet.

Parteibefehl!

In sämtlichen Parteiorganisationen finden sofort Funktionärversammlungen statt.

Betriebszellenversammlungen sind sofort abzuhalten. Alle im Betrieb beschäftigten Parteimitglieder müssen teilnehmen.

Alle Zehnergruppen halten sofort Sitzungen ab.

Die Betriebszellenleitungen und Zehnergruppenleitungen sind verantwortlich dafür, daß sämtliche Parteimitglieder Parteiarbeit leisten und bestimmte Aufträge erfüllen.

Parteiarbeit ist Parteipflicht!

Alle Beschlüsse der Parteileitungen gelten für sämtliche Mitglieder als Befehle und sind mit allen Kräften durchzuführen.

Zentrale der KPD.
Or-Bureau.

Der Feldzug gegen Sachsen und Thüringen angekündigt

Die Ebert-Republik hat an die Militärdiktatur abgedankt

Diktator ist Geßler, der Vater der schwarzen Reichswehr, der Minister, der die Faszisten mit Waffen und Geld versorgt hat;

Diktator ist Seeckt, in dessen Hand die Fäden aller faszistischen Verschwörungen zusammenlaufen;

[illegible] gegen den Kapp[illegible]smus, so bewährt, daß er bis über die Ohren in die Fuchs-Machaussche, mit französischem Gelde bezahlte, Verschwörung verwickelt war;

Diktator in Bayern bleibt auch Kahr, der den bayerischen Faszismus erst großgezogen hat.

Diese Namen sind allein ein Programm.

Unter der Schutzdecke des Belagerungszustandes und der Militärdiktatur vereinigen sich die Faszisten ganz Deutschlands zum Schlage gegen das Proletariat.

Der Reichsausnahmezustand ist nicht nur keine Maßnahme gegen Bayern, trotz der frechen Lügen des „Vorwärts", er ist der Bund mit dem bayerischen Faszismus, mit dem Separatismus gegen die Arbeiter.

Die Namen Lossow und Kahr bürgen dafür. Der „Tag" meldet, daß die Verkündung des Reichsausnahmezustandes im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung erfolgt ist. Derselbe „Tag" meldet aus München, daß die dortigen politischen Kreise auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Kahr und Hitler hoffen. Damit sind auch die Flunkereien von wegen eines Kampfes Kahr contra Hitler erledigt. Der Faszismus ist geeint. Und die sozialdemokratischen Regierer haben ihm dazu geholfen.

Es geht nicht gegen Bayern, es geht gegen Sachsen.

Das Organ Stresemanns, die „Zeit", bezeichnet als Aufgaben des Belagerungszustandes die Niederschlagung der sächsischen und thüringischen Arbeiterschaft, sowie die Ueberwindung des „Uebergangszustandes" nach der Aufgabe des passiven Widerstandes, d. h. die Abwälzung der Kosten der Kapitulation auf die Arbeiter, **die Durchführung des Stinnesprogramms.** Gegen Sachsen und Thüringen soll der erste Schlag geführt werden. „Die Gefahr droht von Sachsen" brüllt die bürgerliche Presse. Aus Südbayern wird Reichswehr nach Norden transportiert, angeblich gegen Hitler, in Wirklichkeit, um mit Hitler gegen die sächsische Arbeiterschaft loszugehen.

Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands muß diesen sauberen Plan zunichtemachen, indem sie sich wie ein Mann hinter ihre sächsischen Brüder stellen.

Sozialdemokratische Arbeiter!
Wollt ihr einen Geßler als Diktator dulden?
Wollt ihr einer Niederwerfung Sachsens und Thüringens zusehen?
Wollt ihr die Politik der Ebert und Konsorten mitmachen?
Schließt die Reihen zum gemeinsamen Abwehrkampf!

Faszistischer Ueberfall auf sächsische Arbeiter

Bayerische Verstärkungen — 1 Toter, 25 Verwundete

Dresden, 28. Septbr.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit:

In der Nacht zum Donnerstag kam es in Annaberg zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und der Arbeiterschaft. Während die Ansammlungen am Abend auf dem Marktplatz ohne Zwischenfall verliefen, kam es gegen Mitternacht in den Außenvierteln der Stadt und am Poehlberg zu Schießereien zwischen Rechtsradikalen und Arbeitergruppen. Das unübersichtliche Gelände erschwerte ein Eingreifen der Polizei, die von der Waffe keinen Gebrauch machte. Erst nach Mitternacht trat Ruhe ein; bis jetzt sind ein Toter, fünf Schwer- und 20 Leichtverletzte festgestellt worden.

*

Wie uns dazu aus Annaberg mitgeteilt wird, handelt es sich bei den auftretenden Faszistenbanden bereits um bayerische Verstärkungen, die über die Grenze nach Sachsen eingedrungen sind und „Strafexpeditionen" nach italienischem Muster vornehmen.

Durch diese Expedition soll der Militärdiktatur der Anlaß geliefert werden, die sächsische Arbeiterschaft zu knebeln. Die deutsche Arbeiterschaft durchschaut dieses Spiel, sie erklärt sich solidarisch und steht bereit zur Abwehr!

Der Reichstag sanktioniert Kahrs Diktatur

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 28. September.

Der Reichstag wurde gestern Nachmittag 5 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung standen einige weniger wichtige Punkte. Die Kommunisten forderten die Absetzung dieser Tagesordnung und Besprechung des **Ausnahmezustandes,** sowie die Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes. Gleichfalls forderten die Vertreter der Deutschvölkischen und Deutschnationalen die Ladung Stresemanns zur Beantwortung vor dem Reichstag. Die Koalitionsparteien lehnten jedoch ein Eintreten in die politische Debatte ab mit sehr fadenscheinigen Begründungen.

Es ist zu bemerken, daß der Zentrumsabgeordnete Marx in einer Polemik gegen Gräfe und Koch gegen das preußische Regime im Rheinland sprach.

Die kommunistischen Abgeordneten wiesen auf die Bedeutung der separatistischen Bewegung im Rheinland hin. Marx, ebenso wie Müller-Franken sagte, daß es opportun sei, darüber zu sprechen. Marx betonte, daß, wenn das Rheinland auch Preußen viel zu verdanken habe, dieser Dank nicht genügend abgetragen worden sei. Dieser Ausspruch muß als sehr wesentlich für die zweideutige Haltung des Zentrums den Separatisten gegenüber festgestellt werden.

Die kommunistische Fraktion stellte folgenden Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: Der vom bayrischen Gesamtministerium unter dem 26. September 1923 angeordnete Ausnahmezustand, der dem Generalstaatskommissar von Kahr das Recht in die Hand gibt, über Teile der bewaffneten Macht zu verfügen (Verstoß gegen § 6 der Reichsverfassung: das Reich hat die Gesetzgebung über die Wehrverfassung — und gegen Artikel 79: die Verteidigung des Reichs ist Reichssache) — wird unverzüglich aufgehoben."

Der Reichstag hat diesen Antrag abgelehnt und sich damit der Kahr-Diktatur unterworfen.

Gegen Eberts Ausnahmeverordnung beantragt die kommunistische Reichstagsfraktion:

Der Reichstag wolle beschließen: Der auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 erlassene Ausnahmezustand, der die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung außer Kraft setzt und damit die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, der Wohnung des Staatsbürgers, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Telephongeheimnis, das Recht friedlicher, unbewaffneter Zusammenkünfte, das Recht des Zusammenschlusses in Organisationen sowie die Unverletzlichkeit des Eigentums aufhebt und die vollziehende Gewalt in die Hände von Militärs legt, ist unverzüglich aufzuheben.

Der Bürgerkrieg in Bayern

München, 28. September.

Die zum Abend des 27. September angesagten Hitler-Versammlungen in München sind in letzter Stunde verboten worden.

Dafür hat Hitler für die Nacht vom 28. zum 29. September Alarm angesagt. Gerüchtweise haben die nationalistischen Kampfverbände in ganz Deutschland an diesem Termin zum Losschlagen gerüstet.

WTB. **Nürnberg,** 28. September. Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Deutsche Verkehrsbund machen ihre Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie nur den Anordnungen der verfassungsmäßigen Reichsregierung Folge zu leisten haben. Alle diesbezüglichen Einwirkungen von seiten des bayrischen Verkehrsbeamtenvereins seien rücksichtslos zurückzuweisen.

Die rheinischen Sonderbündler wollen Sonntag losschlagen

WTB. Köln, 27. September.

In der Nacht zum 25. September wurden in Düsseldorf große [illegible] Plakate angeschlagen, in denen es heißt: Die Berliner Regierung hat bedingungslos kapituliert, der Zusammenbruch der Reichsregierung ist da, die einzige Rettung ist eine rheinische Republik, sie allein vermag Arbeit und Brot zu verschaffen. Weiterhin wird in den Plakaten dazu aufgefordert, am kommenden Sonntag zu einer großen Heerschau der Sonderbündler in Massen zu erscheinen. Auch in Koblenz haben die Sonderbündler für Sonntag eine Kundgebung angesagt, um das Düsseldorfer Unternehmen von hier aus zu unterstützen.

Kapitalistischer Landesverrat

Stinnes Geschäfte mit Poincaré

(E.B.) **London,** 26. September 1923.

Dem „Daily Herald" wird aus Essen gemeldet: „Sehr bezeichnend ist, daß das meiste, was im besetzten Gebiete produziert wurde, durch die französischen Linien nach Holland geschafft wurde. Die Gutehoffnungshütte hat wiederholt Metallwarentransporte mit französischer Bewilligung nach Holland gebracht. Eine Reihe großer Trusts hatte übrigens ähnliche geheime Abkommen mit dem „Feinde".

Es ist hier auch bekannt, daß Stinnes durch Mittelspersonen an die französischen Behörden herangetreten ist, um bei ihnen die Ueberlassung gewisser Eisenbahnlinien zu bewirken."

Der Protest der Ruhrarbeiterschaft

Der reformistische Verrat

Die bedingungslose Kapitulation unter Preisgabe der Ausgewiesenen und Gemaßregelten hat die Ruhrarbeiterschaft in ungeheure Erregung gebracht. In wuchtigen Protestaktionen demonstrierten sie für die Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Die Reformisten fallen den Arbeitern wieder in den Rücken. Der Ortsausschuß des ADGB. und der AfA. veröffentlicht in der „Rheinischen Zeitung" folgenden Aufruf:

„Die Kommunisten, Unionisten usw. fordern in einem Flugblatt zu einem Proteststreik für Donnerstag auf. Mit den üblichen Schlagworten versuchen sie Verwirrung in die Bevölkerung hineinzutragen. Die Lage der Arbeitnehmerschaft wird durch eine solche Putschpolitik nicht gebessert, sondern verschlechtert. Die Kommunisten liefern damit nur Waffen für die Feinde der Arbeiter und für die Feinde der deutschen Republik. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder dringend, sich an den wilden Veranstaltungen nicht zu beteiligen, sondern strenge gewerkschaftliche Disziplin zu halten und nur den Anordnungen ihrer Organisation Folge zu leisten. Nur die Geschlossenheit der Arbeitnehmerschaft trägt die Gewähr in sich, daß wir auch über diese schicksalsschwere Zeit hinauskommen."

Die Arbeiterschaft möge über diesen Verrat selbst ihr Urteil fällen.

Generalstreik im Ruhrgebiet

(Eigene Meldungen)

Essen, 28. Septbr.

Im Ruhrgebiet, vor allem in Gelsenkirchen und Umgebung, wie Wattenscheid, Otthausen, Röninghausen, Wanne und Eicke, Dortmund, Essen ist die Arbeit eingestellt. Die Arbeiterschaft ist in großen Scharen der Aufforderung der Kommunisten gefolgt. Die Arbeit ruht nach Angabe des „Vorwärts", der offensichtlich den Erfolg der klaren Politik der Kommunistischen Partei abzuschwächen versucht, überall in der Essen-Gelsenkirchener Gegend. Es haben große Demonstrationen und Demonstrationsversammlungen stattgefunden, in denen sich die Arbeiterschaft einig war, daß die gegenwärtige Regierung sie bei der Aufgabe des passiven Widerstandes verraten hat. Die Arbeiterschaft fordert in allen Demonstrationen die Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0002

Die Ausnahmeverordnung Eberts

Alle Gewalt den Militärbefehlshabern — Zuchthaus- und Todesstrafen — Sondergerichte nach dem Muster vom März 1921

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums, auch außerhalb der hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. (§ 3.)

§ 3.

Die Weisungen des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen.

Allgemeine Vorschriften des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5.

Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmungen), 315 Absatz 2 (Beschädigungen von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind.

Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den im § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 371) aufgeführten Straftaten auch die Vergehen nach § 4 der vorliegenden Verordnung.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. September 1923.

Der Reichspräsident.
Ebert.
Gegengezeichnet: Der Reichskanzler.
Dr. Stresemann.

Die Militärdiktatur über Deutschland

7 Generale, 4 Zivilkommissare

WTB. Berlin, 27. September.

Der Reichswehrminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September die vollziehende Gewalt auf folgende Militärbefehlshaber übertragen: General von Dassel für den Bezirk des Wehrkreises I (Ostpreußen, Restprovinz Westpreußen); General von Tschischwitz für den Bezirk des Wehrkreises II (Pommern, Schleswig-Holstein, Grenzmark Westpreußen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, oldenburgischer Landesteil, Kutin, Groß-Hamburg, Lübeck); General von Horn für den Bezirk des Wehrkreises III (Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Grenzmark Posen); General Müller für den Bezirk des Wehrkreises IV (Sachsen ohne Reg.-Bez. Erfurt, Freistaat Sachsen, Anhalt, braunschweigischer Landesteil Calvörde); General Reinhardt für den Bezirk des Wehrkreises V (Hessen-Nassau, Reg.-Bez. Erfurt, Hessen, Thüringen, Waldeck, Württemberg, Baden, Hohenzollern); General von Loßberg für den Bezirk des Wehrkreises VI (Hannover, unbesetztes Westfalen, unbesetztes Rheinland, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe); General von Lossow für den Bezirk des Wehrkreises VII (Bayern);

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern hat der Reichswehrminister zu Regierungskommissaren ernannt:

Dr. Siehe, Oberpräsident, für das Gebiet des Wehrkreises I, Hartwig, Mitglied des Landtags, für den Bezirk des Wehrkreises II, Richter, Polizeipräsident, für den Bezirk des Wehrkreises III, Geonowski, Oberpräsident, für den Bezirk des Wehrkreises VI.

*

An Stelle des bayrischen Diktators Kahr soll also der Lossow treten. Kahr hat ihm aber noch nicht Platz gemacht.

Sachsen ist unter die Gewalt des Generals Müller gestellt, derselbe General, der mit ein Anstoß zum Geßler-Konflikt war.

Betriebsräte an die Front.

(Eig. Drahtm.) Jena, 27. September.

Die „Neue Zeitung", Jena, veröffentlicht folgenden Aufruf: „An alle Betriebsräte und Kontrollausschüsse!":

Wir stehen vor der offenen vollständigen Kapitulation vor Poincaré.

Nicht etwa, daß die Regierung Stresemann-Hilferding die Großkapitalisten, die eigentlichen Kriegsschuldigen, zum Zahlen zwingen will, um damit die Räumung des Ruhrgebiets zu erkaufen, nein — Kapitulation wird vorbereitet, die die Verschacherung des arbeitenden Volkes an den französischen und deutschen Kapitalismus zur gemeinsamen Ausbeutung bedeutet. Die werktätigen Massen am Rhein und an der Ruhr sollen dem doppelten Joch des französischen Imperialismus und der deutschen Blutsauger bedingungslos ausgeliefert werden.

Die Kosten der Reparationspolitik sollen durch weitere Steigerung der Not und des Elends der werktätigen Massen aufgebracht werden.

Die Faszisten, die Deutschnationalen, wollen dieselbe kapitalistische Reparationspolitik auf Kosten der Werktätigen. Sie schreien über die Kapitulation, aber sie wollen nicht Kampf für eine proletarische Reparationspolitik auf Kosten des Großkapitals, ausgeführt von einer Regierung des werktätigen Volkes.

Ja, nicht die Not des Volkes an Ruhr, Rhein und in ganz Deutschland macht ihnen jetzt die Hauptsorge, sondern die letzte Vorbereitung zu einem Vorstoß gegen die Arbeiterschaft. Der jetzige Moment erscheint ihnen günstig zum Kampf um eine weiße Diktatur nach ungarischem Muster.

Die bayrische Reaktion trifft die letzten Maßnahmen zum Vormarsch nach Mittel- und Norddeutschland. Auch im übrigen Deutschland wird fieberhaft gerüstet.

Morgen schon kann die Gegenrevolution loschlagen oder ein kalter Putsch kommen, eine Umgruppierung der Reichsregierung noch weiter nach rechts unter dem Druck der Reaktion.

Die Verhängung des Belagerungszustandes, die Diktatur Kahr und Geßler sind bereits die ersten Schritte dazu.

In dieser ernsten Situation hat die Kommunistische Partei Deutschlands an alle Arbeiterorganisationen einen Offenen Brief gerichtet und sie aufgefordert, eine gemeinsame Front zu bilden und den

politischen Generalstreik

zur Abwehr eines reaktionären Vorstoßes gemeinsam vorzubereiten.

Wir sind bereit, bei der Organisierung der Einheitsfront aller Werktätigen mitzuhelfen und alle Kräfte für die Vorbereitung der kommenden Kämpfe einzusetzen. Jetzt gilt es, die Massen zu mobilisieren. Wir fordern die Betriebsräteausschüsse auf, sofort Betriebsrätevollversammlungen einzuberufen.

In diesen muß zur Lage Stellung genommen und die Vorbereitung des Massenkampfes besprochen werden. Besondere Anstrengungen sind zur Heranziehung der Angestellten- und Beamtenräte zu machen. In jeder Fabrik, in jeder Werkstatt, jedem Kontor, jedem Gutshof sollen dann die Belegschaften Stellung nehmen und die nötigen Schritte einleiten.

Wir fordern die Betriebsräte und Kontrollausschüsse weiter auf, mitzuhelfen bei der Bildung von

örtlichen Aktionsausschüssen

gemeinsam mit den Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Die Aktionsausschüsse sind den Betriebsrätevollversammlungen untergeordnet, die immer die letzte Entscheidung zu fällen haben.

Kollegen!

Aeußerste Kraftanstrengung und proletarische Pflichterfüllung sind jetzt unbedingt notwendig.

Seid auf dem Posten!

Stellt fest, ob alle Betriebsräte ihre Pflicht erfüllen. Wenn sie das nicht tun, dann zwingt sie dazu.

Jede Nachlässigkeit, jede Versäumnis kann jetzt dem Proletariat tausendfache Opfer kosten.

Kampfbereitschaft im Merseburger Industriegebiet

Merseburg, 28. September.

Eine von über 100 Teilnehmern beschickte Betriebsdelegiertenversammlung für das Industriegebiet Merseburg beschloß gestern einstimmig folgendes Telegramm an die Regierung:

„Die Betriebsdelegierten des Industriegebietes Merseburg hier versammelt, protestiert gegen das Verbot der Arbeiterpresse, der Abwehrhundertschaften, des Ausnahmezustandes und der Geßlerdiktatur. Sie verlangen Sachwerterfassung, Produktionskontrolle und Arbeiter-Regierung."

Bei der Aussprache nach dem Referat des Genossen B. Koenen, Merseburg, erklärte sich Wenscheck für die verschwommenen Parolen des ADGB., also für die jetzige Regierung, d. h. für die Geßlerdiktatur. Nur zwei VSPD.-Funktionäre erklärten sich aus Disziplin für die Beschlüsse ihrer Zentrale. Die Gesamtheit der Anwesenden betrachtet die Anwendung des politischen Massenstreiks zur Abwehr der völligen Verelendung der Arbeiterschaft als unbedingt notwendig.

Gegen die bedingungslose Kapitulation

Halle, 27. September.

Eine stark besuchte Mitgliederversammlung der hallischen Bauarbeiter nahm folgende Entschließung einstimmig an:

Die Aufgabe des passiven Widerstandes gegen die Besetzung der Ruhr durch den französischen Imperialismus bedeutet für die deutsche Arbeiterschaft den Untergang Deutschlands. Es wird zur nackten Tatsache, daß durch die bedingungslose Kapitulation die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands völlig aufgehoben wird. Die Kapitulation vor Poincaré bedeutet gleichzeitig Verlust des wichtigsten Industriegebietes Deutschlands. Zu Führung des passiven Widerstandes sind von dem deutschen Proletariat ungeheure Summen aufgebracht und unnütz verpulvert worden. Diese Niederlage ist von der Schwerindustrie und von den Großkapitalisten mit voller Absicht herbeigeführt worden, um sich ihre Profitrate auf Kosten der werktätigen Massen zu sichern. Dieser Abschluß des Ruhrkrieges bürdet der deutschen Arbeiterklasse neue Riesenlasten auf. Die sogenannten „drakonischen Maßnahmen" der Regierung: Erfassung der Devisen, schärfere Steuerheranziehung der besitzenden Klasse usw., sind vollkommen unwirksam geblieben. Die Arbeiterklasse hat man betiefte geschoben, trotzdem sie fast allein sämtliche Steuern aufbringen muß. Verschärfte Ausbeutung droht der Arbeiterklasse, wenn der Kampf um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands nicht aufgenommen wird. Dazu ist erforderlich: die Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion und Wegbesteuerung des Besitzes. Die versammelten Bauarbeiter Halles verlangen daher vom ADGB. und den Arbeiterparteien, daß sie sich sofort einsetzen für diese Forderungen und zu diesem Zweck den Kampf aufnehmen für die Arbeiter- und Bauern-Regierung, die allein in der Lage ist, wieder Ordnung zu schaffen.

Die Bauarbeiter fordern ferner die gesamte Arbeiterschaft auf, die Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung mit allen Mitteln zu bekämpfen und für eine Verbesserung derselben einzutreten.

Das Gewerkschaftskartell Halle fordert den Generalstreik

Das hallische Gewerkschaftskartell faßte in seiner gestrigen Vollsitzung folgende Entschließung:

Das Gewerkschaftskartell Halle a. d. Saale nimmt Stellung zu der verschärften zugespitzten Situation im Reich. Durch die bedingungslose Kapitulation der Regierung Stresemann-Hilferding vor Poincaré erhebt in Bayern die faszistische Reaktion durch die Kahr-Diktatur ihr Haupt mit dem Ziel: entweder die faszistische Militärdiktatur über Deutschland aufzurichten oder vorläufig die Abtrennung Bayerns vom Reiche zu vollziehen. Poincaré läßt im wesentlichen seine Bedingungen für die Kapitulation veröffentlichen: Privatisierung der rheinischen Bahnen, Privatisierung der Ruhrstaatsgruben.

Der Kampf an der Ruhr endete mit einer Niederlage, die von den Großkapitalisten bewußt herbeigeführt wurde, um sich ihre Profitrate auf Kosten schärferer Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen zu sichern. Neue große Lasten werden durch den gewünschten Abschluß des Ruhrkrieges durch Stresemann der Arbeiterschaft aufgebürdet. Die ungeheuren Summen, die zur Führung des passiven Widerstandes ausgeworfen und die lediglich durch das deutsche Proletariat aufgebracht worden sind, sind verpulvert, ohne den geringsten Erfolg aufweisen zu können. Bis zum Weißbluten ist das deutsche Proletariat bereits ausgebeutet worden. Die letzte Mark wird durch Steuerabgaben erfaßt. Andererseits sind alle Maßnahmen der Regierung zur Erfassung der Devisen und schärferen Steuerheranziehung der besitzenden Klasse durchaus unwirksam geblieben. Wirksam haben sich diese Maßnahmen insofern gezeigt: durch schärfere Devisenspekulation der Großkapitalisten, durch die Zerschlagung der Produktion der Kleinbetriebe und der Existenz der Gewerbetreibenden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in erschreckendem Maße sind die Folgen dieser Politik. Die Unabhängigkeit und Selbständigkeit sowie die Einheit Deutschlands ist durch diese Politik in Gefahr, zerschlagen zu werden. Das Gewerkschaftskartell verlangt daher vom Bundesvorstand des ADGB. und den Arbeiterparteien:

Alle Lasten, die durch Beendigung des Ruhrkrieges sowie durch die unbedingt zu schaffende bessere Lebenshaltung der Arbeiterschaft entstehen, sind lediglich durch die besitzende Klasse aufzubringen. Entwaffnung der deutschen Konterrevolution zur Sicherung der Freiheit der Arbeiterklasse. Erfassung der Sachwerte und Devisen durch die Betriebs- und Angestelltenräte. Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Zur Durchführung dieser Forderungen: Aufruf an die werktätigen Schichten zum Generalstreik.

Für den IV. Reichswehrbezirk ist der Oberpräsident Gronowski bestellt, dessen Gewaltregiment die rheinischen Arbeiter kennen und der einer derjenigen war, die das Bielefelder Abkommen schlossen und nachher darauf pfiffen.

Offiziell kapituliert

WTB. Berlin, 28. September.

Laut „B. Z." teilte gestern der Reichskanzler den Botschaftern der Ententeregierungen den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell mit. Ob die Reichsregierung bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage in der Reparationskommission machen werde, unterliegt dem Blatte zufolge noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Linken herrscht die Auffassung vor, daß die schnelle Besetzung der Botschafterposten in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und die Regelung der Reparationsfrage nötig sei.

WTB. Berlin, 27. September.

Im Anschluß an die gestrige Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung über den Abbau des passiven Widerstandes wird noch im Laufe des heutigen Tages die förmliche Aufhebung sämtlicher Verordnungen und Anweisungen erfolgen, welche zur Durchführung des Widerstandes von den verschiedenen Zentralstellen des Reiches erlassen worden sind.

Hungerblockade gegen Sachsen

In Sachsen wird von Agenten der bayrischen Faszisten alles verfügbare Getreide aufgekauft und nach Bayern abtransportiert. Es ist das offenkundig eine Vorbereitung zur Aktion gegen die sächsischen Arbeiter. Bayern ist Agrarland, Sachsen Industrieland. Das Getreide wird nur aufgekauft, um die sächsischen Arbeiter durch eine Hungerkur mürbe zu machen. Der bevorstehende Aufmarsch der Faszisten wird durch den Krieg der Hungerblockade ergänzt. An dem Widerstand der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands wird der Plan der Faszisten scheitern.

Massendemonstration gegen die Dresdner Polizeioffiziere

Dresden, 27. September.

Heute nachmittag fand das Begräbnis des erschossenen Erwerbslosenführers Kemnecke statt. Der Leichenzug bewegte sich in völliger Ordnung nach dem Löbtauer Friedhof. Die Beteiligung war derart groß, daß viele Tausende von Teilnehmern außerhalb des Friedhofes bleiben mußten. Nach mehreren am Grabe gehaltenen Reden bewegte sich der Zug der Teilnehmer nach der Stadt zurück, wo er sich in kleinere Trupps auflöste. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

feurio
Schonen Sie Wäsche und Hände und benutzen Sie stets Haushaltseife Feurio mit 80% Fettgehalt
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart G.-G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Konferenz der Erwerbslosen für Halle-Merseburg

Am 22. September fand in Halle eine Konferenz der Erwerbslosen für Halle-Merseburg statt, die von 46 Delegierten besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die politische und wirtschaftliche Lage; Referent: Genosse Katz. 2. Die Betriebseinschränkungen und die Erwerbslosenfrage; Referent: Genosse Kraußer.

In längeren Ausführungen sprach Genosse **Katz** zum ersten Punkt der Tagesordnung. Die Erwerbslosenfrage ist eine Klassenfrage. Wir müssen zunächst erobern die Kontrolle der Produktion und die Produktivität im Sinne der Gesellschaft herbeiführen. Für die Erwerbslosen muß in ausreichendem Maße gesorgt werden; das kann nur geschehen, wenn man nur das produziert und einführt, was wirklich gebraucht wird, und daß so die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Die Betriebsstillegungen müssen besser kontrolliert werden; die Arbeiter haben keine Aufstiegmöglichkeiten mehr. Das satte Bürgertum bezeichnet die Erwerbslosigkeit als „Erholung mit Hungerkur". Hilferding ist am Ende seiner Kunst; er will die Unterstützung einstellen und eine Arbeitslosenversicherung mit einer Karrenzzeit von 40 Wochen einführen, zu der ein Drittel die Arbeiter, ein Drittel der Unternehmer und ein Drittel der Staat zahlen soll. Gleitende Löhne, Goldlöhne sind Betrugsmanöver an der Arbeiterschaft. Die Arbeiter können sich nichts mehr kaufen, ihre Kluft, die sie tragen, ist ihre Totenkluft, alles steigt unermeßlich, nur die Löhne nicht.

Die Erwerbslosen werden durch den Hunger stumpfsinnig. Da muß die Schupo helfen mit blauen Bohnen, Handgranaten und Maschinengewehren. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Bildung von Abwehrformationen durch die Erwerbslosen. Die bürgerliche Presse verhöhnt stetig die Arbeitslosen, darum fort mit dieser und her mit dem „Klassenkampf", der nach wie vor unterstützt werden muß. Die Schule muß umgestellt werden im Sinne der modernen Pädagogik. All dies verhindert die VSPD. mit Schupo und Reichswehr. Sagte doch v. Kardorff im Landtag: „In so bewegter Zeit muß ein Sozialdemokrat die Polizeigewalt haben, der das Volk mit Maschinengewehren usw. ruhig hält."

Wir müssen dagegen fordern: Kontrollausschüsse, Produktionskontrolle, Bildung der proletarischen Abwehrfront. Jedenfalls wird das Heer der Arbeitslosen der Auftakt zu großen neuen Kämpfen werden, aber nicht zu Putschen, sondern es wird ein Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Genosse **Krauser** sprach dann zunächst über die Betriebsstillegungen. Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter sich mehr um die Arbeitslosen kümmern. Als drastisches Beispiel, was mit den Betriebsstillegungen bezweckt werden soll, führte der Redner die Kröllwitzer Papierfabrik an. Nachdem man dort etwa eine Woche „stillgelegt" hatte, werden die Arbeiter wieder eingestellt, aber nur solche bis zu 18 Jahren und über 45 Jahre. Darin liegt System. Diese Arbeiter erhalten weniger Lohn als die vollkräftigen zwischen 18 und 45 Jahren. Also Lohndrückerei ist beabsichtigt. Dagegen muß sich die Arbeiterschaft mit aller Kraft wehren. Der Redner forderte Kontrolle der Produktion. Beschlagnahme der vorhandenen Lebensmittel, Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 bzw. 32 Stunden, Schaffung von Arbeit durch Kommune, Kreis und Staat. Weiter muß jede Karrenzzeit im Unterstützungswesen beseitigt werden; auch müssen Rentenempfänger und die, welche bei den Eltern wohnen, die volle Unterstützung erhalten. Zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen muß vollständige Solidarität hergestellt werden. Im übrigen müsse einheitlich nach den Richtlinien des Kongresses vom 4. Juni vorgegangen werden.

Nach reger Diskussion wurde ein Bezirks-Erwerbslosenrat gewählt. Der geschäftsführende Ausschuß besteht aus den Genossen Richard **Kraußer**, Halle; E. **Schöbel**, Merseburg und **Haubenreißer**, Mücheln. Jeder Kreis hat einen Genossen zum erweiterten Bezirks-Erwerbslosenrat zu wählen und dessen Adresse sofort an den Genossen Richard Kraußer, Halle, Zenkerstraße 5, einzusenden.

Die Konferenz nahm einen anregenden Verlauf. Aufgabe der Erwerbslosen und der gesamten Arbeiterschaft ist es, die aufgestellten Forderungen schleunigst in die Tat umzusetzen. Das wird **nicht ohne Kampf** geschehen. Das wissen wir, deshalb gilt es, alle Kräfte anzuspannen. Der Zustand, daß nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die übrige Arbeiterschaft immer mehr hungert, muß ein Ende nehmen. Soll es ein Schrecken ohne Ende sein? Darum auf, schafft die Einheitsfront des gesamten Proletariats, **kämpft um Eure Rechte!**

„Notierungskommissionen"

Ein neues Mittel zur Beruhigung der Hungernden.

Die **Bezirkspreisprüfungsstelle** teilt uns mit:

„Durch Erlaß des Preußischen Handelsministeriums vom 4. August 1923 sind für den **Lebensmittelhandel** neue **Notierungskommissionen** einzusetzen, die sich zu einem Drittel aus Vertretern des Großhandels, zu einem Drittel aus Vertretern des Einzelhandels und der Konsumgenossenschaften und zu einem Drittel aus Vertretern der Versorger zusammensetzen. Die für unseren Bezirk hiernach zu errichtende Notierungskommission wird sich in den nächsten Tagen konstituieren. Wenn wir auch nicht viel Hoffnung (! D. Red. des Kl.") hegen, daß durch Notierungsausschüsse die Warenpreise herabgesetzt werden, so bedeuten doch die notierten Preise die Grundlage für die Strafverfolgungen."

Mit diesen „Notierungskommissionen" wird an den jetzigen Zuständen nichts geändert werden. Und selbst wenn nur eine Grundlage für die Strafverfolgung geschaffen würde, die Klassenjustiz wird dann schon dafür sorgen, daß die Kleinen gehängt werden und die großen Wucherer und Preistreiber unbehelligt bleiben. Man hätte viel besser getan, wenn man die allerorts gebildeten Kontrollausschüsse anerkannte; dann bestände die Gewißheit, daß energisch durchgegriffen würde. Die Kontrollausschüsse würden gemeinsam mit den Betriebsräten die Wurzel alles Uebels beseitigen. Natürlich wäre auch Voraussetzung, daß beide entsprechende Vollmachten erhielten. Ob das unter einer Koalitionsregierung möglich ist, muß sehr bezweifelt werden. Deshalb auch unsere Forderung nach einer **Arbeiter- und Bauern-Regierung!**

Bitterfeld. **Eine große öffentliche Volksversammlung findet heute, Freitag, abend 8 Uhr in Dörings Konzerthaus statt. Reichstagsabgeordneter Wilhelm Koenen spricht über die proletarische Lage und über die Produktionssabotage der Unternehmer. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende, Handwerker, Kleinbauern, erscheint alle und hört, was Euch die Kommunistische Partei zu sagen hat.**

Wolfen. Der **Schlichtungsausschuß gegen die Filmfabrik.** Der Arbeiterrat der Filmfabrik erhob Einspruch beim Schlichtungsausschuß Bitterfeld wegen der Entlassung von zwei Arbeiterinnen, die berechtigterweise Ueberstunden verweigert hatten. Der Schlichtungsausschuß fällte am 29. September folgende **Entscheidung**: „Der Einspruch der Arbeiterinnen R. und W. gegen ihre Entlassung ist **begründet**, die **Kündigung ist unwirksam**. Für den Fall, daß die Firma die Weiterbeschäftigung ablehnt, hat sie an Fräulein R. 75 Millionen, an Fräulein W. 56 Millionen Mark Entschädigung zu zahlen. — **Gründe**: Der Schlichtungsausschuß war der Ansicht, daß man für die Ableistung von Ueberstunden einen anderen Maßstab anlegen müsse als wenn es sich um die normale Arbeitszeit handelt. Die Gründe, welche die Arbeiterinnen für ihre Weigerung zur Leistung von Ueberstunden vorgebracht haben, schienen im vorliegenden Fall als ausreichend. Wenn die Firma etwa aus besonderen schwerwiegenden betriebstechnischen Gründen unbedingt Wert darauf legt, daß die beiden Arbeiterinnen blieben, hätte sie im Laufe des Tages auf ihren bereits am Vormittag geäußerten Wunsch einen definitiven Bescheid zugehen lassen müssen." In der Begründung, die zur Entlassung der Arbeiterinnen führte, erklärte der Vertreter der Firma, Herr Sozial-Sekretär Brix, daß es überhaupt ein Entgegenkommen der Firma sei, wenn sie Gründe anerkennt bei Verweigerung von Ueberstunden. Das zeigt deutlich, mit welcher Frivolität die Arbeiter behandelt werden. Der Herr Sozial-Sekretär scheint überhaupt ein recht netter Mann zu sein. Fühlte er sich doch beleidigt, als vor kurzem der „Klassenkampf" schrieb, daß die Mädchen der Seidenspinnerei zwölf Stunden und noch länger arbeiten müßten. Nein, er ging noch soweit und verlangte vom Betriebsrat, er solle eine Berichtigung einsenden, obwohl feststand, daß Arbeiterinnen bis 8 Uhr ohne Vesperpause, also 12½ Stunde, arbeiten mußten. Und da redet der Mann noch von „Entgegenkommen" der Firma! Wenn es gewünscht wird, werden wir uns noch weiter mit dieser Angelegenheit befassen. Arbeiter der Filmfabrik, aufgepaßt, beobachtet die Zentralstelle der Konterrevolution.

Greppin. **Auf zur Versammlung!** Heute abend 8 Uhr im Lokal Schmidt große **öffentliche Versammlung**. Thema: Die Große Koalition und die Kommunistische Partei. Referent zur Stelle. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen vollzählig erscheinen. Die Zeit ist sehr ernst!

Arbeiter-Sport

VfB. Lettin. Am vergangenem Sonntag schlug die 1. Mannschaft Trotha, Hauptverein, 1. mit 4 : 0; 2. Mannschaft Trotha 2. mit 2 : 1; 3. Mannschaft Fortuna mit 4 : 2. Unsere Monatsversammlung findet kommenden Sonnabend statt. Das Erscheinen eines jeden Mitglieds ist wegen der wichtigen Tagesordnung Pflicht.

Dölau. Am Sonntag, dem 30. September, vormittags ½11 Uhr, treffen sich in Dierschkes Lokal sämtliche Arbeitersportler von Dölau im Dreß (Fortuna, Turner und Dölau 21). Anläßlich des Werbetages der KPD. soll ein Sternlauf der Sportvereine durch Dölau veranstaltet werden.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsverein Halle

Ortsleitung. Montag, 1. Oktober, abends 7½ Uhr, im Ortsbureau: **Sitzung.**

Fraktion der Kupferschmiede. Sonntag, 30 September, vormittags 10 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt: **Wichtige Sitzung. Alles** muß erscheinen, Sympathisierende sind mitzubringen.

Fraktion der Eisenbahner. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung. Alles** muß erscheinen, Sympathisierende sind mitzubringen.

Distrikt 9 a. Heute abend 7½ Uhr müssen sich alle Parteigenossen zu einer wichtigen Besprechung im „Thüringer Schlößchen" einfinden.

Distrikt 9 a. Dienstag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, in Schnabels Restaurant: Oeffentliche Frauenversammlung. Thema: Wie kann die Not der proletarischen Frauen gelindert werden. Referentin: Genossin Krüger.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Diemitz. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kurt Gärtner.

Dölau. Sonntag, 30. September, vormittags 10½ Uhr, im Lokal Dierschke: **Sehr wichtige Zusammenkunft aller Funktionäre sowie Mitglieder der Organisation.** Restlose Beteiligung ist Pflicht.

Mansfelder Seekreis

Schraplau. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Schmidt, Halle

Mansfelder Gebirgskreis

Hettstedt. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Oertel, Halle.

Kreis Bitterfeld

Gräfenhainichen. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Kroh, Halle.

Brehna. Die für Freitag angesetzte Versammlung muß Umstände halber ausfallen.

Kreis Delitzsch

Groß-Crostitz. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Michaelis, Eilenburg.

Kreis Wittenberg

Bad Schmiedeberg. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Hempel, Eilenburg.

Kemberg. Sonnabend, 29 September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Krüger, Holzweißig.

Zahna. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Kant, Halle.

Kreis Torgau

Torgau. Sonnabend, 23. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Rogg, Wittenberg

Süptitz. Sonnabend, 29. September, abends 7 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referentin: Genossin Voigt, Torgau.

Kreis Liebenwerda

Liebenwerda. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Kilian, Halle.

Kreis Sangerhausen

Uftrungen. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genossin Köhler, Sangerhausen.

Wallhausen. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Thürungen. Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Schütz.

Flugplatz-Kasino. Sonnabend: **Stiftungsfest des Arbeiter-Frauen- und Mädchenchors.** Sonntag: **Oeffentlicher Ball.** 4038 Es ladet freundlichst ein **Max Weber.** Saal noch einige Sonnabende und Sonntage frei.

Für
Kanin-, Hamster-, Ziegen-, Maulwurf-Felle, Schafwolle
zahlen wir einen ganz besonders hohen Preis. Erkundigen Sie sich, ehe Sie Ihre Felle usw. verkaufen in unseren Geschäften!
Schondorfs Spezial-Fell-Ankauf,
Hauptgeschäft: Freiimfelder Straße 82/83
1. Zweiggeschäft: **Trother Straße 73**
2. Zweiggeschäft: **Lauchstaedter Straße 20**
Fernruf 3954, 9083, 2957.
Fellhändler, Sammler und Fänger Konkurrenzpreise.
Fellhändlern wird die Ware nur im Hauptgeschäft, Freiimfelder Straße 82/83 abgenommen. [4035

Hunde-Anger!
4 Schäferhundwelsen 4034
zu Anfang Oktober **zu kaufen** oder **zu leihen gesucht.**
Böttcher,
Seebener Str. 186b

Guterh. komm. Bibliothek (mehr. hundert Bücher) bill. z. verk. Auch einz. Bücher werd. an Parteigen. abgegeben. Anfr. im Bureau d. Schuhm. Merseburger Str. 14, tägl. v. 6—7 abds. b. Genossen Smolka.

Vereine benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14** Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor. Jeden Mittwoch, ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel Mitgl. d. Kommun. Arb.-Sänger-Bds. Vereinslokal: „Lüder Berg", Reilst. Jed. Freitag, abds. 8 U.: **Singestunde.** Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20 (Neben-Eingang). Jeden Freitag, v. 7 bis 10 Uhr: Zahlabend (auch für die Ferienheim-Genossenschaft), sowie Ausgabe v. Karten und Büchern und Besprechung der Sonntags-Wanderungen. Sonntag, früh 5 u. 7 Uhr, vom Riebeckplatz: Nach Merseburg. — Staffelauf: Treffpunkt 1 U., Marienkirche. Montag, ab. 8 Uhr, i. Heim, Laurentiusstraße: Beginn d. Kurses für Kinder- u. Jugendgruppenleiter und -Helfer. Gäste willkommen.

Allg. Arbeiter-Union (**Rev. Betr.-Org.**). Heute, ½8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jeden Dienstag, i. der Alten Volksschule, Zimmer 41, Eingang von der Neuen Promenade: Uebungsstunde. Mitglieder werden noch angenommen. Sonntag, d. 30 9., mittags 1 Uhr, an der Marktkirche: Treffen all aktiven Mitglieder. Es ist Pflicht aller Mitglieder mit Verb.-Tasche und Armbinde z. erscheinen.

Proletl. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder Berg". Heute, abends von 8-9 Uhr, in „Lüder Berg": Abgabe des Stundenlohnes. Sonntag, früh 7 Uhr, im Landheim. Arbeitsgeräte mitbringen. Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, in „Lüderitz Berg": Kindergruppe.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsst.: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm 5-6 Uhr. Jed. Mittwoch, abs. ½8 Uhr, i. d. Alten Volksschule, Z. 40 Vortrags- u. Diskussions-Abend. Montag, ab. pünktlich ½7 Uhr: Vorstands- u. Funktionär-Sitzung. Mittwoch: Mitgl.-Versammlung.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr im, Zeichensaale der Alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. Freitag, den 29. 9., ½8 Uhr, i. „Volkspark": Versammlung. Beitrags-Erhöhung. Erscheinen **aller** Mitglieder ist Pflicht.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Uebungsstunden im Stadtbad bis auf weiteres: Mittwoch, von 8 bis 9 Uhr: Damen-Abteilung. Donnerstag, von 7 bis 8 Uhr: Schüler- und Männer-Abteilung. Sonnabend, 29. 9.: Treffen der Starter z. Probe i. Stadion. — d. 29. 9., abds. ½8 Uhr, b. Schw.-Genossen Schulze, Spitze 15: Technische Sitzung.

Mittwoch, d. 3. 10., abends 7 Uhr, in der „Produkt.-Genossenschaft": Vorstands-Sitzung.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16 Freitag, nachmitt. 4 Uhr: Spielen a. d. Peißnitz f. alle Gruppen. Gruppe Nord. Montag, 5 Uhr: Funktionärsitzung. Mittwoch, nachmitt 4 Uhr, im „Volkspark": Versammlg. Gruppe Zentrum Montag, ab. 6 Uhr, im Jugendheim: Funktionärsitzung. Mittwoch, 5 Uhr im Jugendheim: Versammlung. Gruppe Süd. Montag, 5 Uhr, in der „Produktiv-Genossensch.": Funktionär-Sitzung. Mittwoch, 4 U., i. d. „Pr.-Genossensch.": Versammlung. Für alle Gruppen. Dienstag, 5 Uhr, i. „Volksp.": Handarbeitsstunde für Jungen und Mädchen Material, wie Wolle, Holz, Laubsägen, Papier usw., sind mitzubringen. Sonntag, früh 7 U.: Wanderung nach Neuragoczi Treffpunkt: Hallmarkt.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr. Heute, Freitag, ab. ½8 Uhr, i. Heim: Informat.-Abend. Alle bestimmt. Genossen müssen erscheinen. — ½6-7 Uhr: Abholen von Material d. d. Zehnerschaftsführer. Sonntag, mitt. 2 U.: auf d. Hallmarkt: Treffen. — abends: Treffen im „Volkspark".

Trotha

Arb.-Bildungs-Verein, Trotha Lokal: Trath. Bergschänke. Dienstag, 8 Uhr: Dramat. Abteilg. Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung. Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg. Freitag, 6 U.: Kinder-Mandol.-Abtg. Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg.

Kröllwitz

Arb.-Bildungs-verein, Cröllwitz Vereinslok. Lindenhof Uebungsstunden. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt. Dienstag u. Donnerstag v. 7-9 Uhr.

Stadt-Theater Sonnabend, abends 7½ Uhr: **Aïda.** Sonntag, [4033 abends 7½ Uhr: **Zigeunerliebe.**

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor** **Alice Abramowitz, Schmeerstr. 14, I.** (Kein Laden) 262

Denkt an die „Rote Hilfe".

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Breiter Weg 8. Zeitz, Liebknechtstr. 4. Weißenfels, Dammstr. 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bockwitz, Volkshaus.
Postscheckkonto: Leipzig 106848 (Fritz Kroh, Halle).

Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.

Schlüsselzahlen: Viva 10 000 000; B.-V. 35 000 000.

Partei-Literatur. Neu erschienen:

Arbeiter-Wandkalender 1924		3,00 B.
Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution		—,20 B.
Parteitags-Protokoll Leipzig 1923	br. 3,50, gbd.	4,50 B.
Protokoll des IV. Weltkongresses 1923		4,50 B.
Schlageter: Eine Auseinandersetzung		—,25 B.
Elementarbücher des Kommunismus:		
Marx, Engels: Kommunistisches Manifest		—,90 B.
Marx: Lohn, Preis und Profit		—,90 B.
Lassalle: Verfassungswesen		1,— B.
Greiling: Marxismus und Sozialisierungstheorie	br. 2.— gebd.	3,— B.
Sowjetstern oder Hakenkreuz?		—,30 B.
§ 218. Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen		—,30 B.
Resnikoff: Die Lage des russischen Arbeiters		—,30 B.
Radek: Kampf der KJ. gegen Versailles		—,60 B.
Lapinski: Die Besetzung des Ruhrgebiets u. der Zerfall Europas		—,60 B.
Losowski: Die nächsten Aufgaben der Roten Gewerkschafts-Internationale		—,30 B.
Tomski: Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rußland		—,20 B.
Atschkanoff: Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer		1,20 B.
Rote Gewerkschafts-Internationale 1923, Nr. 5/6		3,— B.
Kommunistische Internationale, Nr. 27		3,— B.

Zeitschriften:

Das Hakenkreuz Nr. 2	1 000 000,00
Sichel und Hammer Nr. 11	2 000 000,00
Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 19	800 000,00
Kommunistin Nr. 18	300 000,00
Internationale Nr. 17	3 000 000,00
Junge Garde Nr. 2	120 000,00
Parteiarbeiter Nr. 11	600 000,00

Andere Literatur:

Guilbeaux, Lenin	billige Ausgabe	2,60 B.-B.
„ „	kartoniert, bessere Ausgabe	3,60 B.-B.
„ „	gebunden, bessere Ausgabe	5,— B.-B.
Kropotkin: Ethik		2,50 B.-B.
Hilferding: Finanzkapital		15,00 B.-B.

Lichtbild- und Filmvortrag
Sonntag vormittag 10¾ Uhr
U. T., Alte Promenade 11a: 4036
Eine Badereise an die Nordsee
Eintrittpreise: 4, 8, 10 Millionen.
Vorverkauf täglich ¼4 bis ¼9 Uhr Theaterkasse.

Kolossal billig!
Sonnabend früh:
1 Kühlwaggon lebendfrisch:
Grüne Heringe 7 Millionen das Pfund nur
Ein billiges, nahrhaftes Mittag- und Abendessen. Körbe, Schüsseln usw. mitbringen. 4037
Verkaufszeit: 8—1 und 3—7 Uhr.
Nordsee **Nur Gr. Ulrichstr. 58** **Tel. 1274, 1275 u. 4986.**
Großer Versand nach auswärts

Drucksachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Gebr. Kinderbettst. (Drahtgefl.) geg. Kohl. Kartoff. usw. z. tausch. Gr. Brunnenstr. 2a, I.

Abonniert den „Kommunistischen Gewerkschafter".

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen**

Eisleben.

Lichtspiele Eisleben Maciste hat sich die Herzen der Besucher im Sturme erobert. Sein letzter Film: **Maciste und die chinesische Truhe.** Macistes letzt. Abenteuer in 6 Akten. **Das Feuermeer hoch in den Lüften.** Spann. amerikan. Detektiv-Drama in 6 Akten. [693

Neustadt-Theater Heute bis Montag. **Maciste,** d. Mann der Kraft in: **Maciste, d. Rekordbrecher.** 6 Akte. **Die Finsternis u. ihr Eigentum.** Abenteuerfilm i. 5 A. **Chaplin im Kino.** Zum Wälzen. [694

Frauenduschen, Doppelklisos, Spülmittel, Menstruationstropfen und -Tee. 692 **Ernst Gärtner** Eisleben, Breiter Weg 6.

Vereine

Arbeit.-Samarit.-Kolonne Eisleben. [504 Jed. Sonntag vorm. Uebungsstunde im Jugendheim unter ärztlicher Leitung.

Arbeit.-Sportvereinigung „Ludwig Jahn", Eisleben. Dienstags u. Freitags 8—10 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabtlg. Jed. Sonntag nach d. 15. i. „Volksh.": **Monatsversammlg.** Schwimmabteilung: Jed. Sonntag nach dem 1. i. „Bürgergarten": **Versammlg.**

Internat. Bund d. Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben. Jeden Donnerstag: Beratungsabend. Jeden 1. Montag, nach dem Monatsersten: **Mitgliederversammlung.** 476

Arb.-Samarit.-Kol. Hettstedt u. U. Jeden Donnerstag von 8—10 Uhr in d. Turnhalle Burgörner-Neudorf: **Uebungsstunde.** Tel. 276, Hettstedt.

Jede kommunistische Frau liest die „Kommunistin".

Bekanntmachung.

Wir erinnern die Gewerbetreibenden usw. an die Zahlung der Schulbeiträge für die Berufsschulen.

Die Monatssätze sind ordnungsmäßig veröffentlicht.

Eisleben, den 25. September 1923. 695 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0004

Nr. 227. — 3. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

Halle, 28. September 1923

Nicht zurück, sondern vorwärts!

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Vereinigten Staaten Europas

Von Karl Radek

I

Der Versailler Friede kracht in allen Fugen. Das, was sich jetzt in Deutschland vollzieht, ist sein Sterben, ist sein Ende in allen Fällen. Es ist das Ende, wenn die deutschen Volksmassen nicht aufstehen und die Befreiung in ihre eigene Hand nehmen. Es ist das Ende, wenn sie keine Kraft zum Kampfe finden und die Sache der deutschen Bourgeoisie überlassen. Der Versailler Friede hat Stücke des alten Deutschen Reiches von seinem Leibe gerissen. Der Versailler Friede hat dem deutschen Volke schwere Tribute auferlegt. Aber er hat wenigstens einen Schein des unabhängigen Deutschland übriggelassen. Indem er gleichzeitig die „Liga der Nationen" bildete und Deutschland die Möglichkeit übrig ließ, später in diesen Völkerbund einzutreten, hat der Versailler Friede Aussichten auf eine spätere Korrektur seiner selbst eröffnet. Heute ist der Völkerbund eine Kulisse, hinter der sich der Kampf zwischen Frankreich und England abspielt. Er hat nicht die geringste Kraft, sich diesen beiden führenden Mächten entgegenzustellen und dem Ruhrraub Einhalt zu gebieten.

Er hat nicht einmal die Kraft, einer dritktlastigen Macht, wie sie Italien ist, ein Halt zuzurufen, wenn sie zynisch den Völkerbundsvertrag zur Seite schiebt und ihr brutales: „So will ich — so befehle ich" statuiert. Welche Hoffnung kann der eventuelle Beitritt zum Völkerbund im Deutschen Volke erwecken. Angesichts dieses „Schutzes", den er seinen ursprünglichen Mitgliedern gewährt. Begnügt sich jetzt Frankreich mit den „Rechten", die der Versailler Friede dem französischen Imperialismus gewährt hat? Nein. Entgegen dem klaren Wortlaut des Versailler Friedens besetzte es das Ruhrgebiet, den wichtigsten Teil Deutschlands und erklärt: „Hier bin ich und hier bleibe ich, solange ihr nicht zahlt." Der Versailler Vertrag sah die periodische Prüfung der wirtschaftlichen Satzungen vor. Aber er sah nicht vor, daß die Prüfung der Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes durch die Bajonette der französischen Okkupationsarmee vorgenommen werden soll. Die Regierung der deutschen Republik schlägt Poincaré für die Befreiung des Ruhrpfandes die Verpfändung Deutschlands, die Teilnahme Frankreichs an der deutschen Industrie vor. Herr Poincaré will darauf nicht eingehen, denn er zieht den Sperlingen in der Hand der Taube auf dem Dache vor. Aber wenn Herr Poincaré auf den Vorschlag der Regierung Stresemann eingehen würde, so wäre die Folge davon die Beherrschung Deutschlands durch Frankreich. Die finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands, die schon sehr geschmälert ist, wieder zu einem vollkommenen Schatten.

Das deutsche Volk zerrt an den Ketten von Versailles. Gelingt es ihm, diese Ketten zu zerreißen, so gibt es trotzdem kein Zurück zu den Verhältnissen, die vor dem Kriege herrschten. Das, was wir Versailler Frieden nennen, ist nicht nur der Vertrag mit Deutschland, sondern alle die Verträge, die die Beziehungen in Mittel- und Südeuropa regeln. Manifestiert ein großer Teil der Verhältnisse im Osten ist durch den Ausgang des Krieges von Grund auf geändert, und die deutsche wie die internationale Arbeiterklasse muß sich klar von dem Wesen der Aenderungen Rechnung ablegen, die der Krieg herbeigeführt hat. In ihrem Kampfe gegen die Ketten von Versailles müssen sie sich selbst ein Bild davon machen, was an den Entscheidungen des Krieges vorübergehend ist, was sie selbst ändern wollen und was eine revolutionäre Tatsache ist, von der sie ausgehen müssen. Wir wollen heute nicht das ganze Weltbild aufrollen, alle Verhältnisse besprechen, sondern nur die, mit denen die europäische Arbeiterklasse in den nächsten Jahren rechnen muß. Die Arbeiter — auch die kommunistischen — schauen mit einer gewissen Verachtung auf die neugebildeten Staaten Tschechoslowakei, Polen, Lettland, Estland, Finnland, Litauen und Jugoslavien. Diese Verachtung ist, was einzelne Staaten anbetrifft, wie Polen, mit tiefem Haß vermengt. Die Politik dieser Staaten, die sich zu Vasallen der Entente gemacht haben, die ihre Arbeiter wie Sklaven behandeln, nährt diese Stimmung der Arbeiter. Aber es wäre sehr kurzsichtig, in der Politik dieser Stimmung zu folgen. Die deutschen Arbeiter — in erster Linie — und die russischen müssen sich von dieser Stimmung freimachen. Sie müssen sich fragen, wie es denn komme, daß breite Massen der polnischen Arbeiter, die bis heute nicht nur auf der Seite der Polnischen Sozialistischen Partei, einer Partei der 2. Internationale, stehen, sondern sogar unter dem Banner des nationalen Arbeiterverbandes. Sie müssen sich fragen, wie es kommt, daß breite Massen der Bauern und Arbeiter in der Tschechoslowakei an ihrem Staate hängen? Darin äußert sich die Tatsache, daß die Volksmassen in diesen neuen staatlichen Gebilden den Ausdruck ihrer nationalen Befreiung vom fremden Joche sehen. Das polnische Proletariat litt nicht nur, weil es die Arbeiterklasse ist, sondern es litt unter dem Joche und Drucke der deutschen und russischen Bureaukratie, weil es polnisch ist. Die große Mehrheit der Arbeiterklasse in Oberschlesien war die Angliederung Oberschlesiens an Polen, weil die ökonomische Unterdrückung in Oberschlesien gleichzeitig eine nationale Unterdrückung war. Das tschechoslowakische Volk stand 300 Jahre lang unter dem Drucke der deutschen Großgrundbesitzer und dann der deutschen Kapitalisten und Bureaukraten. Was wunder also, daß es an seiner Unabhängigkeit hängt. Die proletarischen Parteien müssen die Befreiung der Volksmassen im Süden und Osten vom fremden Joch nicht nur als eine Tatsache hinnehmen, sondern als eine revolutionäre Tatsache, die es endgültig zu befestigen gilt, was eine besondere Aufgabe der proletarischen Revolution ist. Die internationale Arbeiterklasse darf in ihrem Kampf gegen die Ketten von Versailles nicht vergessen, daß die Ketten von Versailles die Ketten alter Abhängigkeit in vielen Ländern ersetzt haben. Sie darf sich weder die Restauration der Beherrschung der Ostvölker zur Aufgabe machen, noch der Teilung ihres nationalen Körpers, umgekehrt, sie wird auf revolutionärem Wege noch die Völker befreien, die ganz oder zum großen Teil sich noch im Joch nationaler Unterdrückung befinden. Nur wenn sie das tut, wird sie in ihrem siegreichen Marsche nicht auf den Widerstand dieser Volksmassen stoßen.

II

Aber bedeutet das nicht die Steigerung des Chaos der Balkanisierung Europas, ihre Zerstückelung in kleine lebensunfähige Gebilde. Nein, umgekehrt. Die Befreiung vom Joche der nationalen Unterdrückung wird die Volksmassen dieser Länder befähigen, ihre nationale Engherzigkeit, ihr nationales Mißtrauen, ihre nationale Abgesondertheit zu überwinden. Sind diese Völker erst Herren in ihrem Hause, haben sie ihre nationale Verwaltung aufgerichtet, ihre eigene Kultur vom fremden Joche befreit, so werden sie an die Frage herantreten, wie ihre wirtschaftlichen Bedingungen des Wiederaufbaus zu vereinigen sind. Dann werden sie verstehen, daß es wahnwitzig ist, sich voneinander abzuschließen und die wirtschaftlichen Kräfte zu zersplittern. Schon das vorkriegszeitliche Europa erstickte in seinen Grenzen. Dieser Grenzen haben wir jetzt viel mehr in Europa und ihre Rolle als abschnürende Halsschnur wird den Volksmassen, wenn sie national befreit sind, immer mehr zum Bewußtsein kommen. Als Wilson mit der Idee des Völkerbundes auftrat, hatte er in kapitalistischer Form eine Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung erfaßt. Die Bourgeoisie, deren Grundidee der Kampf um den Profit ist, das heißt, die Konkurrenz, konnte die Idee nicht durchführen. Zwischen Amerika und England existiert jetzt in der Form des Fordney-Tarifes eine höhere Schranke als jemals. Das freihändlerische England führt in der Form seiner „Gesetze gehende" Schmutzkonkurrenz und einer Reihe von zolltechnischen Maßregeln eine Schutzpolitik durch. Die kleinen Staaten machen es den großen nach. Nur Deutschland, dem die Meistbegünstigungsklausel versagt ist, ist politisch Freiwild, wie es ja auch allein der Menschheit das Beispiel der Abrüstung geben soll. Nur die Arbeiterklasse wird imstande sein und genötigt sein, um die Ruinen zu entfernen und den wirtschaftlichen Aufbau zu beginnen, Europa in eine wirtschaftliche Einheit zu verwandeln. Es war eine bürgerliche Utopie, als Kautsky, Renaudel usw. das Proletariat einspannen wollten vor den Wagen der Wilsonschen Ideen und die Vereinigten Staaten Europas unter der Herrschaft der Bourgeoisie propagierten. Die fünf Jahre, die uns vom Kriege trennen, haben gezeigt, daß das eine Utopie ist. Jetzt in der Periode der Revolution, in der Periode, wo ein großer Teil des alten Territoriums des zaristischen Reiches ein freier Verband der Sowjetrepubliken darstellt, wo sich große revolutionäre Kämpfe in Mitteleuropa und im Süden vorbereiten, war es eine realistische revolutionäre Tat, als Trotzki die Frage der Vereinigten Staaten Europas aufrollte. Jeder Staat, in dem das Proletariat die Macht ergreift, sei es in der Form der Diktatur, sei es in der Uebergangsform der Arbeiter- und Bauern-Regierungen, wird vor die Frage gestellt, eine wirtschaftliche und militärische Stütze in den schon bestehenden proletarischen Staaten zu finden. Und das Proletariat jedes Territoriums, das vom Joche der Bourgeoisie befreit wird, wird genötigt sein, auch in der kleinsten Nation, die auf diesem Territorium lebt, ihre eigenen Volkskräfte zu entfesseln, was nur geschehen kann in der Konstituierung der Unabhängigkeit dieser Nation und ihre Emancipation auch von der nationalen Ueberbrückung. Schließlich in der Form ihres Bündnisses mit den übrigen Arbeiter- und Bauernstaaten.

Als während des Krieges ein Teil der polnischen, deutschen und holländischen Kommunisten eine theoretische Diskussion über die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit Lenin führte (siehe die zweite Nummer des „Vorboten", Bern 1916, und die „Bremer Arbeiterzeitung"), da fragten wir: Wird denn der Sozialismus nicht die Grenzen aufheben und ein Wirtschaftsgebiet schaffen? Wir haben damals uns im Gegensatz zu Lenin zu wenig konkret den Gang der Weltrevolution vorgestellt. Wir haben die Mannigfaltigkeit der Bedingungen, in denen das Proletariat den Kampf um den Sozialismus führt, zu wenig begriffen. Vielleicht werden hundert Jahre nach der Ueberwindung des Kapitalismus die politischen Grenzen zwischen den Völkern verschwinden, vielleicht wird nach hundert Jahren der Existenz des Sozialismus das Proletariat nicht nur Europa, sondern die ganze Welt nur in Wirtschaftsbezirke einteilen. Im Kampf um die Macht aber — und er wird im Weltmaßstabe so lange dauern, bis wenigstens in den führenden Industrieländern die sozialistische Wirtschaftsorganisation durchgeführt wird — wird das Proletariat gleichzeitig die Nationen als selbständige Einheiten organisieren und sie gleichzeitig für wirtschaftliche und politische Zwecke föderieren müssen. Sonst wird es gegen sich nicht nur die Klasseninteressen der Bourgeoisie haben, sondern auch die nationalen Bedürfnisse, das Mißtrauen und die Interessen der Völker.

III

Diese Fragen spielen eine große Rolle in den Ländern, in denen das Proletariat zu den herrschenden Staatssensationen gehört oder gehörte, die fremde Völker unterdrückten. Es bedurfte der großen Genialität Lenins dazu, so leidenschaftlich die Notwendigkeit zu unterstreichen, daß das russische Proletariat als der nationale Befreier der unterdrückten Nationen auftritt. Die russischen Arbeiter, die niemals national unterdrückt waren, hatten ein geringes Verständnis dafür, und es bedurfte vieler Jahre der Erziehungsarbeit Lenins und der Kommunistischen Partei, um die russische Arbeiterschaft zum Bewußtsein zu erziehen, daß das Proletariat stärker und nicht schwächer wird, wenn es das Erbe der nationalen Unterdrückungspolitik des Zarismus und der russischen Bourgeoisie übernimmt. Nur auf diesem Wege, als Befreier der unterdrückten Nationen, konnte das russische Proletariat die bisher unterdrückten Nationen zum freiwilligen Bund mit dem russischen Proletariat, zum Kampf gegen das Weltkapital führen. Diese große Erziehungsarbeit ist in Rußland noch nicht beendet. Das deutsche Proletariat, die deutsche Kommunistische Partei muß diese Erziehungsarbeit mit voller Energie, mit ganzer Schärfe in Deutschland anfangen. Heute ist das deutsche Volk der Gegenstand der Unterdrückung seitens der Entente und ihrer Vasallen. Aber vor dem Kriege war Deutschland, war Oesterreich das Land der Unterdrückung von Nationen und tief ist der Haß, den diese Unterdrückung im polnischen, im tschechischen Volke geweckt hat. Vor dem Kriege schienen die deutschen Arbeiter vollkommen national zu sein. Sie standen auch mit geringem Verständnis dem Kampfe der Polen gegen ihre nationale Unterdrückung gegenüber. Ja, oft versteckte sich deutscher Nationalismus hinter der Maske des Internationalismus den Polen und Tschechen gegenüber. Heute empfinden die Arbeiter im Rheinland, im Saargebiet, an der Ruhr, in Teilen Polens die Knute der nationalen Unterdrückung über sich. Aber sie haben noch kein Verständnis gefunden für die geistige Verfassung der ehemals von der deutschen Bourgeoisie und von den deutschen Junkern unterdrückten Völker. Sie fanden noch nicht die Sprache, in der sie zum polnischen und tschechischen Bauer und Arbeiter sprechen müssen. Sie müssen diese Sprache finden, wenn sie sich selbst befreien wollen. Wenn die Stunde der Entscheidung geschlagen haben wird, wird die polnische Bourgeoisie auf Geheiß des französischen Kapitals alle Hunde des Nationalismus von der Leine lassen. Sie wird den Ueberfall auf das deutsche kämpfende Volk vorbereiten, dem polnischen Volke einzureden versuchen, daß die deutschen Arbeiter als Vollstrecker des Testaments Friedrichs II. und Bismarcks auftreten und die polnische Unabhängigkeit bedrohen, und sie kann damit Erfolge erzielen. Die deutsche wie die russische KP. müssen durch ihre tätige Arbeit, durch ihr Einwirken auf die Volksmassen beweisen, daß sie die Unabhängigkeit des polnischen, tschechischen, des lettischen, estnischen und litauischen Volkes nicht nur nicht bedrohen, sondern daß sie in dieser Unabhängigkeit die Grundsteine des Hauses seien, das das europäische Proletariat nach seinem Siege aufbauen will. Als Sowjet-Rußland im schweren Kampfe mit dem polnischen Bürgertum und Adel lag, einem Kampfe, den sie begonnen haben, appellierte es in diesem Kampfe sogar an die nationalen Gefühle der nichtkommunistischen Elemente, sagte es ihnen: „Wir, die wir das Selbstbestimmungsrecht aller Völker anerkennen, wir lassen auch nicht das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes verkümmern." In derselben Zeit unterdrückte Trotzki als Haupt der Roten Armee ein militärtechnisches Blatt, weil in ihm ein früherer Offizier der zaristischen Armee — ein bis heute sehr geschätzter Untergebener der Sowjetarmee — in einem Artikel eine chauvinistische antipolnische Gesinnung bekundete. Die deutschen Arbeiter, die deutsche Kommunistische Partei, sind die einzigen und ist die einzige Partei, die das deutsche Volk zum Kampfe, zur Abschüttelung des Versailler Jochs führen können. Zu diesem Kampfe ruft die Kommunistische Partei nicht nur die Proletarier auf, sondern auch alle diejenigen Elemente des Kleinbürgertums, die ehrlich um die Zukunft des deutschen Volkes ringen wollen. Und immer größer wird der Kreis von Nichtkommunisten, ja, sogar von früheren Nationalisten, die in der Arbeiterklasse den einzigen Retter des deutschen Volkes sehen. Wir reichen ihnen gern die Hand zum gemeinsamen Kampfe, aber wir müssen ihnen sagen: Es handelt sich nicht um die Wiederherstellung des alten deutschen Reiches, es handelt sich nicht um das Zurück, sondern um den Aufbau eines neuen deutschen Staates, der das deutsche Volk von der Sklaverei befreit, das aber selbst nicht anderen Völkern Ketten auferlegen will.

Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, wie aller anderen unterdrückten Völker ist das Kampfziel der KP. Deutschlands. Die Verbindung zum gemeinsamen Kampfe der Volksmassen, der befreiten Nationen, das ist der zweite Schritt. Die Agitation für die vereinigten Arbeiter- und Bauernstaaten von ganz Europa, das ist der Weg, auf dem wir nicht nur die Herzen der Proletarier aller Länder erobern werden, sondern auf dem wir die schwersten von der Geschichte gestellten Fragen lösen werden. Die Herren Sozialdemokraten sagten uns, daß, wenn wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrollen, wir die Verhältnisse in Osteuropa und Asien nur widerspiegeln, wo es noch nationale Kämpfe gibt. Nun: inmitten Europas kämpfen 70 Millionen Deutsche um ihre Selbstbestimmung. Was man für unmöglich hielt, ist jetzt Tatsache. Eine fremde brutale Fremdherrschaft will sich aufrichten über ein großes industrielles Volk. Das drückt ihm die Fahne des Selbstbestimmungsrechtes direkt in die Hand. Es macht dieses kämpfende Volk zum Freund der Unterdrückten, es lernt es, die Sorge und das Mißtrauen jener zu verstehen, die selbst von der deutsche Bourgeoisie und dem deutschen Junkertum national unterdrückt waren. Das deutsche kämpfende Volk muß den anderen Völkern nicht die alte hohenzollernsche Peitsche, sondern die Hand zum brüderlichen Bunde reichen.

Die Internationale Arbeiterhilfe auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau

Auf der großen Ausstellung in Moskau nimmt die IAH. einen hervorragenden Platz ein. Die amtliche „Iswestia" vom 23. August schreibt darüber:

Nach der Liquidation des Hungers hat die Internationale Arbeiterhilfe alle ihre Kräfte auf die Aufbauarbeit verwandt. Beinah überall in Rußland sehen wir Kinderheime, Musterwirtschaften, Fischereibetriebe, welche von der IAH. organisiert und erhalten werden. 100 Traktoren der IAH. pflügen unsere Erde zur neuen Aussaat auf und in den nächsten Tagen treffen weitere 40 ein.

Im Zusammenhang mit dem NEP. (neue ökonomische Politik) hat die IAH. angefangen, ihre Unternehmungen auf kommerzieller Basis aufzubauen und es ist ihr gelungen, eine ganze Reihe Unternehmungen in Gang zu bringen. So stellen wir ihr mit Vergnügen die russische Butter zum Export zur Verfügung, auf die alle Imperialisten aller Länder mit Lüsternheit sehen. Ferner die IAH. unsere Kinostilme ins Ausland exportiert, macht sie alle unsere Freunde mit unserem Leben bekannt. Im Austausch dafür führt die IAH. unserer Landwirtschaft vervollkommnete Maschinen zu, welche die Urzellen unserer ganzen Oekonomie — den Hof unseres Bauern — beleben und emporheben.

In der Ausstellung beteiligt sich die IAH. sowohl in der russischen, wie auch in der ausländischen Abteilung, wo sie eine Fläche von 600 Quadratmetern einnimmt und 35 große amerikanische, deutsche, holländische, dänische und belgische Firmen mit mehr als 100 Fabriken und Werken, deren Vertretung für Rußland die IAH. übernommen hat, ausstellt, wie: NAG. (die Nationale Autogesellschaft), welche Autos, Omnibusse und Phaethons ausstellt; die „Parsja Lloyd-Werke" stellen Lastautos und landwirtschaftliche Geräte aus; „Schiele Bruchsal" Motoren für Werkbänke; „Motor-Werke" Maschinen zur Holzbearbeitung; „Koch" Adiernähmaschinen usw.

Der Enthusiasmus und die Energie, mit welcher die IAH. diese Ausstellung vorbereitet hat, fällt in die Augen. Alle Vorbereitungsarbeiten wurden in sehr kurzer Zeit geleistet und in den letzten Tagen vor der Eröffnung der Ausstellung arbeitete die IAH. Tag und Nacht; doch dafür war bei der IAH. auch am 19. August Punkt 12 Uhr alles fertig und von allen ausländischen Ausstellern war die proletarische IAH. diejenige, die allein ihre Aufgabe zur rechten Zeit gelöst hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Halle den 28 September 1923.

Abermalige Maßregelung des Betriebsrates der Ortskrankenkasse

Das Versicherungsamt der Stadt Halle hat abermals die sofortige fristlose Entlassung der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse beschäftigten Betriebsratsmitglieder, Genossen Wiechmann, Kölz und Claus, angeordnet. Die Anordnung stellt einen ungeheuren Rechtsbruch dar und entbehrt jeder Begründung. Sie stützt sich auf die gleichen Vorgänge, die bereits im Mai d. J. schon einmal zur Entlassung der drei Genossen führten, ebenfalls auf Anordnung des Versicherungsamtes, der Denunziationen und unwahre Berichte des Verwaltungsdirektors Riemer zugrunde lagen. Die Entlassungsgründe wurden seinerzeit vom Schlichtungsausschuß nicht anerkannt und die Wiedereinstellung verfügt. Trotz dieser endgültigen Entscheidung des Schlichtungsausschusses und trotz der Ablehnung einer Beschwerde des Versicherungsamtes gegen diese Entscheidung durch den Regierungspräsidenten wagt es das Versicherungsamt, nach nunmehr vier Monaten die abermalige Entlassung wegen der gleichen Delikte zu fordern.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes der Stadt Halle, Herr Geheimrat Finger, ist ein freundlicher und konzilianter Herr, der aber trotzdem die Macht, die ihm die Ebert und Noske nach der Revolution erneut in die Hand legten, sehr gut zu benutzen weiß. Herr Finger scheint sich sehr sicher zu fühlen. Die geringen Errungenschaften in bezug auf das Arbeitsrecht und Betriebsrätegesetz ignoriert er dabei vollkommen. Herr Finger schläft seit 1918 wieder einen Dornröschenschlaf und ist nun ungehalten darüber, daß sich der Betriebsrat der Ortskrankenkasse erlaubte, auf ein Geschwür am Körper der verwesenden bürgerlichen Gesellschaft hinzuweisen und zu sagen wagte: „Hier stinkt es!" Der Gestank selbst geniert Herrn Finger dabei nicht im geringsten er kommt ja aus dem eigenen Lager. Aber die „Autorität" muß gewahrt bleiben, und das ist der geheimrätlichen Weisheit letzter Schluß. Herr Finger hat nunmehr nach und nach wohl erfahren, wo bei der Verwaltung der AOK. der Hase im Pfeffer liegt. Er hat Herrn Riemer in seiner ganzen Schönheit kennengelernt und kennt die „Zuverlässigkeit" des von demselben und dessen unsauberen Spitzeln unterbreiteten Materials. Aber es ist Fleisch von Herrn Fingers Fleische. Es ist die „Autorität" die gerettet werden muß. Es darf nicht sein, daß der Betriebsrat Recht behält. „Der Jude muß verbrannt werden." Herr Finger und die herrliche bürgerliche Ordnung ist noch einmal gerettet! Macht — nicht Recht! Herr Finger! Weshalb ist man denn sonst auch ordentlicher Professor des bürgerlichen Rechts? Es war nicht notwendig, daß Sie noch einmal besonders auf sich aufmerksam machten. Das Proletariat kennt seine Feinde! Wir schreiben nicht mehr 1918! Fünf Jahre Erfahrung und bittere Lehren. Der starke Arm der siegreichen proletarischen Revolution wird Sie samt Ihrem Versicherungsamt und allem sonstigen Popanz und Mummenschanz in den Orkus verschwinden lassen.

Schließung des Arbeitersekretariats beschlossen

Die gestrige Sitzung des Gewerkschaftskartells beschäftigte sich mit der Finanzlage des Kartells. Nachdem der Kassierer einen Bericht über die Kassenverhältnisse gegeben hatte (das Sekretariat muß bis Ende September noch ungefähr acht Milliarden aufbringen), waren sich alle Delegierten einig darüber, daß das Sekretariat mit dem 1. Oktober geschlossen werden muß. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag Fiedler angenommen, daß die für den 29. September angesetzte Zusammenkunft der Bevollmächtigten und Kassierer zu einer außerordentlichen Delegiertensitzung erweitert werden soll. In dieser Sitzung soll über die Aufbringung der noch fehlenden Mittel für die Zeit bis zum 1. Oktober verhandelt werden. Weiter wurde beschlossen, daß sich die Sitzung auch mit der eventuellen Umgestaltung des Kartellvorstandes beschäftigen soll.

*

Eine außerordentliche Kartellsitzung

[illegible] werden. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Delegierten unbedingt erforderlich. Die Sitzung der Bevollmächtigten und Kassierer im „Gewerkschaftshaus fällt aus.

Die KPD.-Kartellfraktionsmitglieder treffen sich eine Stunde früher im Rauchzimmer des „Volkspark". Vollzähliges Erscheinen ist dringend geboten, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Zur Vertreterwahl für den Konsumverein

Am Sonntag, dem 30. September, finden hier in Halle die Vertreterwahlen zum Allgemeinen Konsumverein statt. Die VSPD. macht riesige Anstrengungen, um das Entgegenkommen der Kommunisten auszubeuten und ihre Liste „Genossenschaftlicher Aufbau" zum Siege zu bringen. Hoffentlich werden die Vertreter der Liste „Genossenschaftlicher Aufbau" von nun an mehr Interesse an der Konsumvereinsbewegung beweisen, als es bis jetzt der Fall war. Denn die bedenklich hohen Mitgliedsnummern bei den einzelnen Kandidaten lassen darauf schließen, daß man jetzt erst, nachdem die hiesige Genossenschaft immerhin noch imstande war, genügend Lebensmittel zu beschaffen, den Wert der Konsumgenossenschaften erkannt hat. Oder brauchte man Wähler und Kandidaten, um die Liste aufzufüllen? Hat man sich etwa geschämt, nur Partei- und Gewerkschaftsangestellte aufzustellen?

Genossenschafter, am Sonntag liegt es in Eurer Hand, ob die Verwaltung in Halle des Konsumvereins im revolutionärem oder reformistischem Sinne geleitet werden soll. An Euch liegt es, zu bestimmen, ob der Konsumverein angeblich parteipolitisch neutral oder im Sinne des Klassenkampfes als Machtinstrument des Proletariats geführt wird.

Wir stehen mitten im Bürgerkrieg. Wir wissen noch nicht, was da kommt. Aber eins ist für uns alle klar: Die Genossenschaften werden berufen sein, genau so wie in Rußland, die gesamte Warenverteilung in die Hand zu nehmen, die Genossenschaften werden uns in den schweren kommenden Kämpfen die Stellen sein, die die Ernährung des Proletariats sicherzustellen haben. Dazu gebrauchen wir Vertreter, die noch nicht die Fühlung mit dem Proletariat verloren haben, sondern stets und ständig bewiesen haben, daß sie als einfache Soldaten der Revolution ihre Pflicht erfüllt haben. Und diese Gewähr habt Ihr von den Vertretern der Liste der KPD., beginnend mit den Namen **Freundlieb, Heinold, Bullmann** usw.

Nun, Genossen, geht am Sonntag zur Wahl und erfüllt Eure proletarische Pflicht! **Alle Stimmen der KPD.-Liste!**

* **Adolf Thiele** ist am Mittwoch 70 Jahre alt geworden. Das „Volksblättchen" widmet Herrn Adolf Thiele (als Genosse will er von uns nicht angesprochen werden) einen längeren Artikel, in dem er als Mensch und Parteigenosse stark in den Vordergrund gerückt wird. Wir sind keine berufsmäßigen Nörgler und Spaßverderber, das dicke Auftragen des „Volksblättchens" aber veranlaßt uns, doch einige Tropfen kaltes klares Wasser in den süßlichen Geburtstagswein zu gießen. Wir wollen all die unliebsamen Vorgänge nicht aus der Vergangenheit hervorzerren, sondern nur darauf hinweisen, daß nicht einmal der Eintritt des Herrn Adolf Thiele in die alte Sozialdemokratische Partei für ihn nicht besonders ruhmvoll gewesen ist. Noch weniger ruhmvoll aber war Thieles Verhalten gegenüber seinen redaktionellen Kollegen. Den alten Parteigenossen wird das alles noch in Erinnerung sein. Herr Drescher weiß da gut Bescheid. Als eine Ironie des Schicksals muß man es bezeichnen, daß ausgerechnet Herr D r e s c h e r über den Menschen und Parteigenossen Thiele bei der Geburtstagsfeier im „Gewerkschaftshaus" sprechen mußte, derselbe Drescher, dem Herr Thiele mehrmals Backpfeifen angeboten hat. Wir können nicht gut annehmen, daß Herr Drescher das alles heute schon vergessen haben soll. Es wäre im Interesse des Ansehens Thieles bei seinen eigenen Parteigenossen besser gewesen, wenn sich das „Volksblättchen" mehr Zurückhaltung auferlegt hätte. Man bezeichnet es als Klugheit, wenn man über bestimmte Dinge und Personen zu schweigen weiß.

Der „Klassenkampf" und die Beamten

Die zunehmende Verelendung des Mittelstandes läßt auch die Beamten immer mehr erkennen, daß ihnen Rettung nur an der Seite der Arbeiterschaft winkt. Daß ein Teil der Beamten den Weg zur Arbeiterschaft sucht, beweisen die Zuschriften, die der „Klassenkampf" anläßlich des Preisausschreibens erhielt und von denen wir einige für die Stimmung der Beamten charakteristische veröffentlichen.

*

In Ihrem Preisausschreiben stellen Sie die Frage: Wie kann dem Mittelstand geholfen werden? Wenn Sie dem Mittelstand helfen wollen, dann müssen Sie vor allem die Lage des Mittelstandes kennen. Ich behaupte, daß Sie sie nicht kennen.

In Ihren früheren Beamtenforderungen sprachen Sie immer von den Besoldungsgruppen 1 bis 7, und forderten für diese Gruppen die Gehaltserhöhung. Als Beamter, der in der Besoldungsgruppe 11 steht, will ich Ihnen verraten, daß auch in unseren Kreisen manchmal Schmalhans Küchenmeister ist. Wenn schließlich auch unser Gehalt uns vor dem direkten Hunger rettet, so haben wir doch soviel notwendige Ausgaben (Schulgeld, Repräsentationen und andere gesellschaftliche Verpflichtungen, denen man nachkommen muß, wenn man nicht in der gesellschaftlichen Stellung herabsinken will), die eben die Bezüge einschränken. Ich für meinen Teil würde zufrieden sein, wenn ich wie die mir unterstellten Arbeiter auch mit zurückgeschlagenem Hemdkragen herumlaufen könnte, aber als Respektsperson m u ß ich eben einen Leinenkragen tragen. Auch in unseren Kreisen kommt immer mehr die Einsicht, daß ein Stinnesregiment uns keine Besserung bringen kann, auch wir oberen Beamten erkennen, daß alle werktätigen Kräfte des Volkes zusammengefaßt werden und daß die Nichtstuer, die Schieber, die Parasiten und die, die Besitzer sind und in ihrem Sinne arbeiten, ausgeschaltet und zur nützlichen Arbeit herangezogen werden müssen. Wenn es Ihnen ernst ist, dem Mittelstand helfen zu wollen, dann sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter, und vor allem die Kommunisten, die tatsächlich das „unruhigste" Element sind (ich wende diesen Ausdruck im Sinne der Tatkraft zur Erreichung ihres Zieles an), sich nicht gegen die Beamten wenden, damit wir uns näher kommen können.

Wir sind doch wirklich in keiner beneidenswerten Lage. Wir bekommen Anweisung von unseren Vorgesetzten, die wir durchführen müssen. Der Zorn der unteren Beamten und der Arbeiter richtet sich gegen uns, die wir doch nur unsere Pflicht erfüllen. Das Verhalten der Arbeiter und deren Organisationen ist zum Teil mit daran schuld, daß ein großer Teil der Beamten heute den Hitlern nachläuft. Ein anderer Grund dafür ist, daß Hitler den Beamten goldene Berge verspricht. Aber trotzdem macht sich durch das rüpelhafte Auftreten der Nationalsozialisten ein Widerwillen gegen diese Leute bemerkbar.

Auch wir oberen Beamten erkennen, daß dem deutschen Volke nur dann geholfen werden kann, wenn die große Masse der wirklich Arbeitenden die Staatsgewalt ergreift. A. M., Halle.

*

„... Ich verstehe den „Klassenkampf" wirklich nicht mehr. Bisher hatte er es verstanden, sich Eingang in unsere Kreise zu verschaffen. Gerade in den für uns besonders aufregenden Zeiten ging der „Klassenkampf" in den Revieren und Kasernen von Hand zu Hand. Wir wollten sehen, was er über uns schrieb. So mancher Schupobeamte kaufte sich den „Klassenkampf" selbst. Aber über das Bild in Ihrer Montagsausgabe sind ein Teil meiner Kameraden empört. Wir werden dort indirekt als Arbeitermörder hingestellt, wir, die wir noch schlechter gestellt sind, als die Arbeiter. Einige Kameraden sind so empört, daß sie das Kommando aufgefordert haben, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Gerade wir unteren Schupobeamten erkennen die Not der Bevölkerung, weil wir sie selbst am eigenen Leibe verspüren.

Dieses Bild wurde von den Stahlhelmmitgliedern benutzt, das alte Gerücht wieder zu verbreiten, daß in der Kommunistischen Partei der Befehl bestände, bei einem Linksputsch alle Schupobeamten zu ermorden. Das Schlimmste bei der ganzen Sache ist, daß dieses Gerücht von einem großen Teil der Beamten geglaubt wird. P. K., Polizeiwachtmeister.

*

Die Schupobeamten haben das Bild nicht verstanden. Es hat eine symbolische Bedeutung und soll nicht etwa den einzelnen Schupobeamten verhöhnen und beleidigen, sondern die Zustände der „freiesten Republik der Welt" schildern. Was zeigt das Bild? Den reichen Schieber, der Lebensmittel aufspeichert, zurückhält, um höhere Preise zu ergaunern; davor der Arbeiter, die Arbeiterfrau, die trotz schwerster Arbeit nicht genügend Lebensmittel bekommen können, und dazwischen die republikanische Verfassung, die durch die Staatsgewalt, die Schupo, diese widersinnigen Verhältnisse beschützt. Dem Schupomann ist der Tschako ins Gesicht gedrückt, um zum Ausdruck zu bringen, daß er nicht sehen darf, was er tut, sondern daß er nur die Befehle seiner Vorgesetzten auszuführen hat, die er nur allzu oft gegen seine innerste Ueberzeugung ausführt. Die Schupobeamten werden nicht bestreiten, daß die Agrarier das Getreide und andere Lebensmittel, daß gewissenlose Händler und Schieber notwendige Bedarfsartikel zurückhalten und somit die Ernährung der Bevölkerung aufs schwerste gefährden. Die Behörden können diese Volksverbrecher auf Grund der Verfassung, der § 153 ist ja wörtlich abgedruckt, nicht zur Herausgabe der Lebensmittel zwingen. Die Arbeiterschaft schuf sich Kontrollausschüsse, um durch die Sicherstellung der Ernährung Unruhen und blutige Zusammenstöße, die durch den Hunger naturgemäß hervorgerufen werden, zu vermeiden. Da tritt die Staatsgewalt dazwischen und Schupobeamte müssen die Arbeiter verfolgen, die Maßnahmen ergreifen, die auch zum Besten der Schupobeamten dienen. Nur diese „gottgewollten Zustände" in der demokratischen Republik sollten durch das Bild illustriert werden.

Auf das Gerücht über den Befehl der Kommunistischen Partei über die Abschlachtung der Schupobeamten, lohnt es sich wirklich nicht einzugehen. Jeder Schupobeamte, der im wirklichen Leben steht und ein eigenes Denken besitzt, erkennt, daß diese Gerüchte nur zum Zweck der Verhetzung gegen die Arbeiterschaft ausgestreut werden.

So ungern der Bürgerkrieg von allen, auch von uns, gesehen und gewollt ist, er ist unvermeidlich, er ist bereits da. **Die Maßnahmen der Arbeiterschaft und damit auch die Grausamkeiten des Bürgerkrieges sind abhängig von den Maßnahmen des Gegners. Werden sich die Schupobeamten in dem Kampf der Arbeiterklasse gegen Hunger und Faszismus wieder mißbrauchen lassen, so wird sich die Arbeiterklasse wehren.**

Die Arbeiterschaft ist weit entfernt, den einzelnen Schupomann als ihren Feind zu betrachten. Sie wird ihn auch nach der siegreichen Revolution nicht als Feind, sondern nach seinem Verhalten behandeln. Auch der revolutionäre Staat braucht Polizei. Und die Schupobeamten, die sich der Errichtung einer proletarischen Ordnung nicht feindlich entgegenstellen, werden dieselbe Behandlung erfahren wie jeder andere Arbeitende, werden die Behandlung erfahren, die sie sich selbst geben, sie sind dann vollberechtigte Mitglieder des Arbeiterstaates.

* **Verloren** hat der Genosse O t t o S t e i n, Kuttelhof 1, seine Erwerbslosenunterstützungskarte und Verbandsbuch der Union der Hand- und Kopfarbeiter und einen Entlassungsschein. Abzugeben in der Union, Lerchenfeldstraße 14.

Seeben. I n d e r l e t z t e n G e m e i n d e v e r t r e t e r s i t z u n g gab der Vorsteher den Betrag der Pflaumenverpachtung bekannt (2 700 000 M.). Die Steuern wurden auf den 250fachen Betrag erhöht. Hierbei beantragte Genosse B i n n e, [illegible] vom erhöhten Satz befreit werden. Der Antrag wurde angenommen. Das Wassergeld wurde auf 100 000 Mk. für das Kubikmeter festgesetzt. Ein Antrag der Erwerbslosen (sofortige Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 75 Millionen, Bereitstellung von Notstandsarbeiten, verbilligten Lebensmitteln und Hausbrand) wurde dem Kreisausschuß überwiesen.

Dölau. E i n W e r b e t a g f ü r P a r t e i u n d P r e s s e. Am Mittwoch fand auf Veranlassung der Ortsgruppe Dölau der KPD. eine Zusammenkunft sämtlicher Arbeitervereine statt. Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, am Sonntag, dem 30. Septbr., einen Werbetag für die Kommunistische Partei und für die kommunistische Presse zu veranstalten, an dem sich sämtliche Arbeitervereine beteiligen werden. Treffpunkt vormittags 10½ Uhr im Garten des Herrn Dierschke. Die Sportler erscheinen im Dreß. An die Arbeit, Genossen! Jeder muß seine Parteipflicht erfüllen.

Arbeiter-Sport

HFC. Viktoria 08. Sonntag, den 30. September, treffen sich in Sportkleidung um ½1 Uhr auf dem Marktplatz folgende Sportgenossen: Meyer 2, Gessing, Schöne, Huth, Lüttich, Nitschke, Necke, Schauerhammer, Barth, Unsold, Werner. Die Jugend trifft sich ebenfalls um ½1 Uhr auf dem Marktplatz, und zwar folgende Genossen: Löscher, Singer 1, Singer 2, Kliebe, Necke, Tralls, Küstenbrück, Solf, Knöchel, Stolle, Reitz. Sonnabend, den 29. September, treffen sich sämtliche Mitglieder um 8 Uhr in der „Eisbörse" zur Versammlung. Sonntag, den 30. September, Treffpunkt 3 Uhr, „Eisbörse", zum Ausflug nach Passendorf.

Arbeiter-Turnverein Seeben. Sonntag, den 30. September, finden in Seeben im Busch folgende Raffballspiele statt: Seeben 1. gegen Cursdorf 1.; Seeben 2. gegen Cursdorf 2.; Dachritz 1. gegen Modelwitz 1.; Seeben 1. gegen Ermlitz 1.; Seeben 2. gegen Ermlitz 2. Seeben 1. spielt in folgender Aufstellung: Just, Sickmann, Altner, Haff, Geier, Bohne, Schubert, Robitsch 1, Völkner, Hoffmann, Robitsch 2. Seeben 2.: Reinhard, Schmidt, Sickmann, Haaf, Jäckel 1, Sachse 1, Jäckel 2, Wunderlich, Radecke, Mödig, Sachse 2. Alles muß pünktlich zur Stelle sein.

Sportlust. Am Sonntag, dem 30. September, spielt im Stadion, anschließend an den Staffellauf, Sportlust 1. gegen Kröllwitz 1. Sportlust 1. tritt mit folgender Mannschaft an: Noak, Autem, Becker 1, Ballschuh, Bereck 1, Blume, Brewell, Zwecke, Becker 2, Reuschel, Winkler. Die Mannschaft hat pünktlich um 3 Uhr im Stadion zu sein. Zum Staffellauf haben sich um 1 Uhr auf dem Marktplatz an der Kirche folgende Sportgenossen einzufinden: Naumann 1, Westphal, Bähr, Autem, Wolf 2, Thiele, Steinborn, Heinicke 1 und 2., Wagner 2, Sänger. Alle Sportgenossen haben am Sonnabend bei Thomas in der Versammlung zu erscheinen.

Arbeiter-Sportverein Kröllwitz. Am Sonntag, dem 30. September, nachmittags ¼4 Uhr, spielt ASC. 1. gegen Sportlust 1. auf dem Stadion in folgender Aufstellung: Vogler, Böhme, Mutterlose, Walpurgis, Hanold, Heß 2, Sauer, Brömme, Lösche, Henze 2 und 1. Die Spielersitzung der ersten Mannschaft fällt am Sonnabend aus, dafür müssen sämtliche Spielleiter am Sonntag auf dem Stadion erscheinen.

Fichte, Halle (Handball). Sonntag, den 30. September, stehen sich auf dem Fichte-Sportplatz Fichte 1. und Wörmlitz 1. sowie Fichte 1. Jugend und Wörmlitz 1. Jugend im Serienspiel gegenüber. Die Jugendmannschaften spielen von 2 bis 3 Uhr. Da Wörmlitz gegen Fichte 1. im letzten Spiel mit 1 : 0 verlor, so ist mit einem scharfen Spiel zu rechnen. Freitag, nach der Turnstunde, Mannschaftssitzung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Montag, den 1. Oktober, Vorstandssitzung in der Baracke, pünktlich 6 Uhr.

NFC. Askania 09. Resultate vom Sonntag, dem 23. September: Askania 3. gegen Minerva 3. mit 0 : 2; Askania 2. gegen Sportlust 2. mit 1 : 6; Askania 1. gegen Sportlust 1. mit 1 : 4. Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr, findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, Nichterscheinen wird bestraft.

Achilles von 1890. S t a f f e l l a u f. Die Mannschaften, die am Staffellauf teilnehmen, treffen sich am Sonntag, dem 30. September, mittags 1 Uhr, auf dem Markt im Dreß. Die Herrenmannschaft ist wie folgt aufgestellt: Otto Klappe, Germay, Otto Dinges jun., Nehring, Ufer, Kurt Eichel, Paul Eichel, Karl Goldhahn, Otto Goldhahn, Hermann Mieth; Ersatz: Klepzig. Jugendmannschaft: Bonnewitz, Bormann, Mikolaizick, Wendrott, Hirsch, Willi Berger jun., Engelbert, Nothnick, Reiche, Seelmann. Die genannten Mannschaften treffen sich Sonnabend in der Turnhalle zur Besprechung. Zu dem am Sonnabend, dem 6. Oktober, stattfindenden Jugendwettkampf, ausgeschrieben von Germania-Felsenfest, müssen Meldungen bis Sonnabend, dem 29. September, erfolgen. Das Jongleur-Quartett: Isaak, Erwert, Boucholdt und Striezel treffen sich Mittwoch, den 3. Oktober, zum Trainieren.

Sandersdorf. Sportverein 21 Sandersdorf sucht für seine spielstarke 1. Mannschaft sowie für die 3. Mannschaft und 1. Jugend für 30. September gute Gegner nach hier. Eilangebote sind sofort zu richten an Vereinsspielleiter Bruno Klaus, Sandersdorf, Kreis Bitterfeld, Wasserturm 8.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	28. 9. Geld	28. 9. Brief	27. 9. Geld	27. 9. Brief
Amsterdam	62 443 500	62 756 500	5 586 000	5 614 000
Brüssel	8 279 250	7 320 750	7 381 500	7 418 500
Italien	7 281 750	7 318 250	6 483 750	6 516 250
London (f. 1 Pfd. Sterl.)	723 187 500	726 812 500	648 375 000	651 625 000
Neuyork (für 1 Dollar)	159 600 000	160 400 000	142 044 000	142 756 600
Paris	9 775 500	9 824 500	8 678 250	8 721 750
Schweiz	28 329 000	28 471 000	25 336 500	25 463 500
Wien D.-Oesterr. abgest	224 437 000	225 563 000	—	—

1 G o l d m a r k am 28. September (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 38 100 000 P a p i e r m a r k.

½ 2 Uhr: Dollar 160 400 000 Mk.

„Klassenkampf"-Leser!

Zahlt sofort die erste Oktoberrate in Höhe von 25 Millionen Mark an unsere Trägerinnen. Erkennt die Lage der Arbeiterpresse, die Notwendigkeit der sofortigen Zahlung. Verlag Klassenkampf.

Postbezieher!

Wir bitten, auf der beigelegten Zahlkarte uns den Abonnements-Differenzbetrag von 15 000 000 Mk. umgehend zu überweisen. Verlag Klassenkampf.

Zur internationalen Lage

A. LAPINSKI:
Die Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerfall Europas
KARL RADEK:
Die Liquidation des Versailler Friedens
KARL RADEK:
Der Kampf der Komintern gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals
G. SINOWJEW:
Die Kommunistische Internationale auf dem Vormarsch
L. TROTZKI:
Die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands und die Weltrevolution
E. VARGA:
Die Niedergangsperiode des Kapitalismus

VERLAG CARL HOYM NACHF. / HAMBURG 8

Zu beziehen durch:
Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstr. 14 und deren Filialen.

*517

Parole: Jeder Genosse muß ein Mitglied und einen „Klassenkampf"-Leser werben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0006

Die Bielefelder Punkte

Heute wie in den Kapp-Tagen versichert der Reichswehrminister, der jetzt Geßler heißt — bald soll es wieder Noske sein, der die Republik retten soll —, daß die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument im Dienst der Republik sei.

Heute wie in den Kapp-Tagen beteuert Ebert, betonern die Instanzen der VSPD., daß die Reichswehr treu republikanisch sei.

Heute wie damals pfeifen es die Spatzen von den Dächern, wie die Dinge in Wirklichkeit stehen.

Heute wie damals rüstet die Reichswehr fieberhaft zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft.

Wird sich die Arbeiterschaft heute wie damals übers Ohr hauen lassen?

Wird sie sich heute wie damals von den Instanzen hereinlegen und um die notwendigen Sicherheiten bringen lassen?

Wir bringen hier die Bielefelder Punkte zum Abdruck. Mögen die Arbeiter lesen, was davon heute erfüllt ist. Mögen sie ihre Lehren für die Zukunft ziehen.

„Bei den am Sonnabend früh 5 Uhr abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, Regierungsvertretern und den Regierungsparteien wurde die folgende Vereinbarung getroffen:

Die hier anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß

1. bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte, Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage, unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten

5. Sofortiger Aufbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der die Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind.

Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme der Kohlensyndikate und des Kalisyndikats auf das Reich.

7. Wirksamere Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen.

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treu gebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

Außerdem enthält die Erklärung noch folgende Punkte:

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit den Gemeinden, Behörden die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb zehn Tagen geschehen. Danach wird an die Stelle dieser Ausschüsse ein aus organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten aus den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß gebildet, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in der Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerschaften aufgehoben.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition, sowie die Rückgabe des requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, 12 Uhr mittags, zu entlassen.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos 6 und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärte der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiter berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mitzubefinden hat, gehört werden soll.

15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 1 bis 12 festgelegte Regelung erfolgt ist.

16. Reichsminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reich übernommen werden. Die Konferenz spricht die Forderung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr werden Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen."

Die proletarische Front gegen Hitler

München, 27. September.

Die Kommunistische Partei, Bezirk Bayern, erläßt einen Aufruf an alle Arbeiter, Angestellte und Beamte:

Unter wohlwollender Duldung der Knilling-Regierung haben die Faszisten und Hitlerleute die Mobilmachung ihrer Kräfte durchgeführt, um in den nächsten Stunden die öffentliche Gewalt an sich zu reißen.

Die Gefahr für die Arbeiterklasse, für das Leben jedes einzelnen Proletariers ist aufs höchste gestiegen.

Klassengenossen! Die von Hitler schon so oft angekündigte Bartholomäusnacht ist in greifbare Nähe gerückt, wenn Ihr Euch nicht zu geschlossener Abwehr zusammenfindet! Geschlossen in Eurem Kampfeswillen seid Ihr unüberwindlich.

Verlaßt deshalb Eure Betriebe, Bureaus und Amtsstuben in dem Moment, wo Hitler glaubt, über Euch triumphieren zu können.

Legt alle Verkehrsmittel still!

Verhindert den Transport der weißen Mordwaffen!

Sichert Euch die von Euren Klassenfeinden zu Eurer blutigen Niederknüppelung bereitgelegten Waffen!

Es lebe der gemeinsame Kampf aller Arbeiter und Angestellten für die Sache des Proletariats! Es lebe die Regierung aller Werktätigen, die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Produktionssabotage der Unternehmer

Im Betrieb Magdeburg & Werther, Eisengießerei, wurde vor zirka zwei Wochen die Arbeitszeit auf drei Tage verkürzt. Angeblich wegen Arbeitsmangel. Nachdem nunmehr von den 200 dort Beschäftigten 50 Kollegen zur Entlassung gekommen sind, versuchen die Meister und Betriebsleiter die Produktion wieder zu steigern, indem sie jede Arbeit als eilig erklären und ein rigoroses Antreibersystem vorführen wollen.

Die Folge ist, daß die Arbeit weniger gewissenhaft ausgeführt werden kann und Unfälle an der Tagesordnung sind. So ist kürzlich ein Arbeiter von einem sieben Meter hohen Gerüst abgestürzt, nur weil das Gerüst nicht vorschriftsmäßig gebaut war. Das Bureaupersonal war ebenfalls seitens der Betriebsleitung angehalten, im Kasernenhofton mit den Arbeitern zu verkehren. Leider glauben diese Stehtragenproletarier, sich zu Büütteln der Unternehmer hergeben zu müssen. Ein Kriegsbeschädigter, welcher sich beim Lohnverrechner über seinen Steuerabzug erkundigen wollte wurde von diesem angefahren, er habe sich gar nichts darum zu kümmern, es stimme so, wie er verrechnet würde. Beim Finanzamt wurde dem Kriegsbeschädigten dann nachgewiesen, daß ihm 720 000 Mark zuviel Steuern abgezogen sind. Diese Summe wird ihm jetzt bereits seit drei Wochen vorenthalten. So sieht die Durchführung des Stinnesprogramms aus. Die Arbeiter stiegen auf die Straße, und die noch arbeiten dürfen, sollen ihre Knochen zu Markte tragen und hungern, damit der Profit noch weiterhin gesichert bleibt. Macht Schluß mit diesem System des Hungers und der Ausbeutung.

Der Stinnes pfeift auf den Tarif

Seit Wochen schon führen die Kohlenbarone den Angriff gegen die Bergarbeiter. Sie pfeifen auf den Tarif. Der Bergarbeiter-Verband hat zwar eine Konferenz in Cöthen abgehalten und dort Schritte beschlossen, aber Stinnes pfeift auch auf den Bergarbeiter-Verband mit seinen „energischen" Schritten.

Er läßt die Belegschaft des Baggerwerks Elsdorf seit dem Streik nur vier Tage arbeiten und hat in der Vorwoche als Schichtlohn nur 31 400 000 Mark gezahlt, während der Tariflohn 40 683 705 Mark betrug. Aber nicht nur, daß er die Arbeiter um den Tariflohn betrügt, er bewuchert die Arbeiter außerdem noch. Während auf den Werken der Mansfeld A.-G. die Arbeiter 1 Pfund Schmalz, 1 Pfund Margarine, 1 Pfund Mehl, 1 Pfund Zucker, 1 Pfund Reis und ein halbes Pfund Graupen für 20 Millionen bekamen, verkauften die Stinneswerke ihren Arbeitern 1 Pfund Fett für 35 Millionen und 1 Pfund Rindfleisch für 22 Millionen Mark. Vor dem Kriege arbeiteten wir zwei Stunden für ein Pfund Fett, jetzt müssen wir 8½ Stunde dafür arbeiten.

Wir bringen diese himmelschreienden Zustände zur Kenntnis der Bergarbeiter, damit sie gewarnt sind und sich zur Abwehr zusammenschließen. Arbeitskollegen! Unser Verband hat in Cöthen „ernste Schritte" beschlossen. Wo bleibt die Konferenz, die nun den Kampf gegen den Stinnes-Riebeck-Trust beschließen soll?

„Der Dank des Vaterlandes"

Bei den Verhandlungen über den Abbruch des passiven Widerstandes fragten die Gewerkschaften den Reichskanzler, was mit den Eisenbahnern geschehen solle. Der Reichskanzler konnte zwar keine genauen Einzelheiten mitteilen, er betonte aber, daß **während der Uebergangszeit noch Gelder aus der Rhein-Ruhr-Hilfe, aber im wesentlich beschränkten Umfange, bezahlt werden.** Das ist also der Dank des Vaterlandes für die soviel gelobten patriotischen Eisenbahner. Schläge auf den Bauch! Hungerrationen werden den Eisenbahnern vorgesetzt, damit sie schneller unter das Joch des französisch-deutschen Imperialismus gezwungen werden können.

Die Eisenbahner, die ihr ganzes Hab und Gut aufs Spiel gesetzt und verloren haben, werden sehr enttäuscht sein, wie schnell das Vaterland ihre Verdienste vergessen hat. Die Eisenbahner werden jetzt das Vorgehen der Kommunisten im Ruhrgebiet begreifen.

Die Arbeit des Betriebsrates auf Grube „Robert Hoffnung" in Bergwitz

Zu der Zuschrift aus dem Betrieb über den Margarineverkauf des Betriebsrats teilt uns der Betriebsrat mit, daß die für die 300 Millionen gekauften Heringe, Erbsen und Margarine sofort ohne Aufschlag an die Belegschaft verkauft worden sind, unter der Bedingung, daß das Geld pünktlich am Zahltage dafür abgeführt wird. Leider vergessen viele Kollegen das Zahlen, und wir sind volle drei Wochen hinter dem Geld hergelaufen. Wir beschlossen darauf, in Zukunft nur gegen Barzahlung Ware abzugeben. Da das Geld inzwischen entwertet war und wir die Einkaufssumme auf 850 Millionen erhöht hatten, konnten wir natürlich bedeutend weniger einkaufen. Das Geld, daß beim Verkauf der Ware am Lohntag einging, wurde sofort angelegt. Wir erhielten am Montagmittag zwei Zentner Margarine. Der Betriebsrat beschloß, die Butter zum jeweiligen Tagespreis zu verkaufen, um dasselbe Quantum einkaufen zu können. Am Donnerstag betrug der Preis ab Fabrik 16 Millionen Mark. Wir verkauften die Margarine mit 10 Millionen. Wir haben also im Interesse der Belegschaft gehandelt und glaubten der Zustimmung der Belegschaft sicher zu sein. Wir hatten aber die Rechnung ohne den Kantinenwirt gemacht, der dabei verschiedene Millionen schlucken wollte, und dem wir den direkten Verkauf entzogen hatten. Dieser zeigte einigen Genossen die Rechnung, ohne die nötige Begründung und freute sich, daß er die Belegschaft gegen den Betriebsrat aufgebracht hatte. Wir haben nicht zum Besten der Unternehmer gewirtschaftet. Die Direktion bekommt nur das ausgeliehene Geld ohne jede Vergütung zurück.

Zu dem Gerede über die Entlassungen machen wir bekannt, daß dem Betriebsrat bisher nichts bekannt ist. Sollte dieser Fall eintreten, so werden wir, soweit es in unseren Kräften steht, unsere Pflicht erfüllen.

Der Betriebsrat brauchte sich mit dem Ein- und Verkauf von Lebensmitteln nicht zu beschäftigen, wenn die Belegschaft dem Ruf des Betriebsrates gefolgt wäre und einen Konsumverein gegründet hätte. **Franz Scheinhardt,** Mitglied des Betriebsrates.

*

Zu der Zuschrift des Betriebsrates teilen uns acht Belegschaftsmitglieder mit, daß ihre erste Zuschrift auf Wahrheit beruht.

Es ist nun Sache des Betriebsrates, sich mit der Belegschaft auseinanderzusetzen.

Entlassungen auf Grube „Roberts Hoffnung" in Bergwitz

Ohne irgendeine Mitteilung an die Belegschaft, sind 50 Mann entlassen worden, darunter natürlich die Streikleitung. Weitere Entlassungen sollen folgen. Gründe für die Entlassung sind nicht vorhanden. Die Ziegelei hat ihre Leute bis auf ein paar alte Leute entlassen. Die Direktion hat sich nicht geschämt, alte Invaliden mit zu entlassen.

So versucht die Werksleitung den Betrieb von den „Hetzern" zu säubern, durch weitere Entlassungen soll die Arbeiterschaft für den Zehnstundentag mürbe gemacht werden. Doch die Werksleitung wird sich verrechnen. Wenn die Entlassenen auch nicht mehr im Betrieb stehen, so sind sie doch nicht von der Belegschaft getrennt, sie werden ihre aufklärende und aufrüttelnde Arbeit fortsetzen.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung" erneut beschlagnahmt

Breslau, 27. September.

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Zimmer, der erst kürzlich die kommunistische „Schlesische Arbeiterzeitung" 14 Tage verboten hatte, hat deren letzte Nummer wieder beschlagnahmt. Sozialdemokraten heben im Auftrage der Bourgeoisie die Pressefreiheit für die Arbeiter auf und versuchen, die Arbeiterpresse zu vernichten.

Die VSPD.-Thüringens vor die Entscheidung gestellt

(Eig. Drahtm.) **Weimar,** 27. September.

Am 26. September fanden erneut Verhandlungen zwischen VSPD. und KPD. über die Thüringer Regierungsfrage statt. Die KPD. wies auf die zugespitzte politische Situation hin und verlangt unter allen Umständen eine gemeinsame Lösung. Dittmann, der vom Hauptvorstand da war, zweifelte die Legitimation des Genossen Karl Becker von der Zentrale an. Dittmann wurde gezwungen, seine Verdächtigung zurückzunehmen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die VSPD. will keine gemeinschaftliche Regierung, sondern eine Minderheitsregierung mit kommunistischer Unterstützung. Die KPD. gab eine Erklärung ab, in der sie betonte, daß sie in Anbetracht der Lage neue Verhandlungen versucht habe. Diese Versuche sind gescheitert, weil die Verhandlungskommission der VSPD. keinerlei Konzessionen in der Frage des Betriebsrätekongresses und der gemeinschaftlichen proletarischen Hundertschaften machte. Der Betriebsrätekongreß ist abgelehnt, ebenfalls die gemeinschaftlichen Hundertschaften. Es wurde nur der alte Vorschlag wiederholt, daß die Bezirksleitungen der VSPD. und KPD. von Fall zu Fall Verwendung getrennter Parteihundertschaften beschließen. Damit machte es die VSPD. unmöglich, daß die KPD. die Verantwortung vor der Arbeiterschaft übernimmt. Die KPD. überläßt die Entscheidung dem Landesparteitag und stellt in Anbetracht des drohenden Aufmarsches der Reaktion folgende Fragen an die Verhandlungskommission der VSPD.:

1. Ist die VSPD. bereit, die Thüringer Grenze gegen Bayern durch **gemeinsame sofortige Organisation aller Verkehrskontrollen** und durch die sofortige gemeinsame Schaffung **proletarischer Hundertschaften** in den Betrieben und Orten zu schützen?

2. Ist die VSPD. zu **gemeinsamer Propaganda** für einen einheitlichen proletarischen Selbstschutz, insbesondere durch ein gemeinsames Flugblatt und Versammlungen, in denen Redner beider Parteien für ihn sprechen, bereit?

3. Ist die VSPD. bereit, gemeinsame Konferenzen der Führer des einheitlichen proletarischen Selbstschutzes für Thüringen und später auch gemeinsam mit Sachsen mit uns einzuberufen? Ist sie bereit, sofort mit uns eine gemeinsame Konferenz der Arbeiterparteien und Regierungen Sachsens und Thüringens zur Vorbereitung der gemeinsamen Abwehr der bayrischen Reaktion und der Durchführung einer gemeinsamen proletarischen Politik einzuberufen? Ist sie weiter bereit, einen gemeinsamen Aufruf mit uns zur Mobilisierung der Massen gegen die faszistische Gefahr zu erlassen?

4. Ist die VSPD. zu gemeinsamem Vorgehen der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsens gegen Geßler und den Reichswehrstandal bereit? Dazu würden gehören gemeinsame Zusammenkünfte der Parteien und Regierungen, Austausch des Materials und ein gemeinsamer Kampf gegen Geßler.

5. Ist die VSPD. bereit, mit uns gemeinsam gegen die Kommunistenhetze aufzutreten und besonders folgende praktische Maßnahmen mit uns zu treffen:

a) gemeinsamer Aufruf gegen die Kommunistenhetze, wie Verbot kommunistischer Zeitungen, Verhaftungen, die Verfolgung der Betriebsrätebewegung;

b) durch geeignete Maßnahmen das Verbot kommunistischer Zeitungen unwirksam zu machen.

Die Verschlechterungen für die Beamten. Der Haushaltausschuß des Reichstages nahm am 27. September nach einer Rede Hilferdings den Gesetzentwurf an, nach dem die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter in eine monatliche umgewandelt werden soll.

Erneute Erhöhung der Eisenbahntarife um 50 Prozent. WTB. **Berlin,** 27. September. Die Schlüsselzahl für den Eisenbahngütertarif bleibt einstweilen unverändert. Die Schlüsselzahl für den Personen- und Gepäcktarif wird von Dienstag, dem 2. Oktober, an auf 30 Millionen, das ist um 50 Prozent, erhöht. In der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten tritt eine Aenderung nicht ein.

Erhöhung folgt auf Erhöhung. Auch die Eisenbahntarife werden bald höher als in anderen Ländern sein.

Die Räumung Korfus vollzogen. Die Räumung Korfus durch die Italiener ist vollzogen worden. Die Einschiffung der italienischen Truppen ist gestern nacht beendet.

Unwetter in Japan. Das Gebiet von Tokio und Yokohama wurde Dienstag nacht von einem Unwetter heimgesucht. Die tiefer liegenden Stadtteile sind überschwemmt worden, wobei die in Baracken untergebrachten Flüchtlinge ernstlichen Schaden erlitten.

Erdbeben in Persien. Bei dem Erdbeben in Brajunidi in Persien wurden 51 Menschen getötet und 146 Dörfer zerstört. 22 Dörfer wurden teilweise vernichtet.

?

Kennst Du das

kommunistische

Buch

Auch Du kannst es bezahlen

Es ist billig

!

Schreibe sofort an den Verlag

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G.m.b.H.

Berlin SW 61 Planufer 17

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0007

Befreites Land

Streikbilder

Von **Michel Grob**

5. Der Kontrollausschuß.

Die ersten vier Bilder sind am 7. September erschienen. D. Red.

Es ist ein sonderbares Ding, das man Kontrollausschuß nennt. Mindestens hat es Eigenschaften, die nicht jedermann liebt. Weil gewisse Menschen große Abneigung dagegen haben und weil diese Menschen im Staate an der Tete sitzen, sind zwei S. S.-Minister (Sollmann und Severing) als anerkannte S. S. (Scharf-Schützen) besonders eifrig auf der Jagd nach den Kontrollausschüssen.

Dieses Wild hat aber die verdammte Eigenschaft, daß es sich nicht ausrotten läßt — zum Hohn für die Bemühungen der S. S. Das Sonderbarste ist jedoch, daß es sich desto rascher vermehrt, je weniger es zu fressen gibt. Also widersprechen seine Eigenschaften sogar den Naturgesetzen.

So ein komisches Tier trat auch in einem Landarbeiterort an der Ostgrenze des Reichs auf. Es suchte nach Nahrung und kam zum Gutsbesitzer. Schrecken in dessen Gesicht. Er wußte, daß hinter diesem Kontrollausschuß eine nicht zu unterschätzende Macht stand, und da gerade Generalstreik war und man nicht wußte, was noch alles passieren konnte, war er zuvorkommend.

Ein kluger Mann baut vor. „Nahrungsmittel? Gewiß! Ich lasse gleich einen Korb voll richten."

Aber der Kontrollausschuß schüttelte den Kopf. Und jetzt geschah das Sonderbarste.

Im Gesicht des Gutsbesitzers floh der Schrecken, machte einem unbeschreiblichen Staunen Platz.

Der Kontrollausschuß erklärte: „Wir sind zunächst nicht wegen unserem persönlichen hungrigen Magen hier, da wir nur die Vertreter unserer großen Familie, der Arbeiter sind. Auch wollen wir heute nicht für die Arbeitenden hier im Dorfe Nahrungsmittel haben, obwohl in jedem Arbeiterhaus der grausige Gast „Hunger" seine Stätte hat. Heute sind wir gekommen um Nahrungsmittel für unsere Brüder und Schwestern in der Kreisstadt. Sind Sie bereit, welche zu liefern? Ja oder Nein!"

War es schlotternde Angst oder hatte der Gutsbesitzer einen Moment das Große, Gewaltige dieser Klassensalidarität begriffen? Hat er das Geheimnis der unwiderstehlichen Macht, der trotz S. S. der Sieg gehören wird, erkannt?

Kurzum, der Gutsbesitzer gab Anweisung zur unentgeltlichen Ueberführung von soundsoviel Zentner Kartoffeln und Mehl nach der Kreisstadt. Zwei Wagen rollten schwer beladen zum Tor hinaus, unter Aufsicht des Kontrollausschusses und Begleitung einer Sicherheitswache.

Mit freudig erhellten Gesichtern wurden die Nahrungsmittel dem Kontrollausschuß der Kreisstadt übergeben.

Schwielige Hände von Industrie- und Landarbeitern umfaßten sich, geeint im Kampf.

6. Die Entwaffnung.

Gutsbesitzerwohnung. Im Lehnsessel sitzend, mit einer Hand an der goldenen Uhrkette über dem dicken Bauch spielend, in die von einer feinen Havanna aufsteigenden Rauchwolken starrend, stellt der „Herr" Betrachtungen an über die ungeheuren Profitmöglichkeiten, die die Ernte ihm in Aussicht stellt. „Nanu, Frechheit! Wer poltert da so unverschämt die Treppe herauf? Wa—a—a—s? Himmel-Kreuz-Schock — — —" Der Fluch bleibt ihm im Halse stecken.

Vor ihm stehen Landarbeiter. Ihre Haltung zeigt ein anderes Bild als sonst. Die Untertänigkeitsmerkmale scheinen sie abgestreift zu haben. Sie tragen die Mütze nicht unterm Arm. Etwas Ungewöhnliches muß da schon los sein.

Wie ein Blitz durchzuckt den Gutsbesitzer der Gedanke: „Sollte etwa der von den verfluchten Kommunisten in Berlin angestellte Streik schon zur Räterepublik geführt haben? Es ist besser, ich mache vorläufig einmal gute Miene zum bösen Spiel."

„Was wollt Ihr, gute Leute?" „Haussuchen nach Waffen." „Aber bitte, es steht Euch alles offen. Nehmt aber bitte doch erst mal Platz, es wird Euch sofort etwas zu essen vorgesetzt."

Die Freundlichkeit des „Herrn" düpierte zuerst unsere Landarbeiterfreunde. Sie schauen auf ihren Wortführer. Der erklärt ruhig: „Gewiß, wir haben Hunger, also wollen wir zunächst unserm Magen etwas zuführen."

Das Mißtrauen schwand trotz der Ruhe des Wortführers nicht ganz aus den Gesichtern. Eine Falle sollte es gewiß sein.

Während sie sich an den Tisch setzten, verließ der Gutsbesitzer rasch das Zimmer.

„Was wird er tun? Raus aus dem Haus kann er nicht wegen der Wache unten, und allein wird er auch nicht versuchen, Widerstand zu leisten, aber diese Katzenfreundlichkeit kommt mir nicht ganz ungeheuer vor" — erklärt einer.

„Was er jetzt tun wird, ist höchst einfach zu erraten. Er ist ans Telephon gelaufen und versucht jetzt die Schupo hierher zu bekommen. Aber laßts Euch nur schmecken. Ich habe nämlich draußen vor dem Orte gesehen, daß die Leitungsdrähte herabgefallen sind." Ein schallendes Gelächter quittiert diese Worte des führenden Kollegen.

Nach gutem Imbiß wurde nach dem Waffen Umschau gehalten. Eine Reihe von sogenannten „Jagdgewehren" fanden sich vor. Auch Munition stellte sich reichlich ein. Mit süßsaurer Miene wagt der Gutsbesitzer einzuwenden, daß zurzeit die Munition kolossal teuer sei. „Wenn sie nur was taugt, dann ists schon gut," war die Antwort.

Zweispännig, der Gutsbesitzer als Fahrknecht auf dem Bock, gings nach gründlicher Durchsuchung zum nächstem Gut. Die dortigen Landarbeiter hatten noch nicht den Gutsbesitzer entwaffnet. Zusammen mit ihnen wird ein Besuch im Hause des Gutsbesitzers „abgestattet". Der erstere Gutsbesitzer wurde mit einer Bewachung zurück nach Hause geschickt. Der zweite mußte mit zum nächsten Gut. — —

Noch einmal können die Gutsbesitzer ihren sozialdemokratischen Rettern danken. Und das nächste Mal? — — —

Proletariat und Kleinbauern

Ein Kleinbauer aus Hohenleipisch schreibt uns:

Der Parole der Arbeiter- und Bauern-Regierung muß das revolutionäre Proletariat weitgehendste Beachtung schenken. Wir sehen, daß sich die Klassengegensätze in Deutschland von Tag zu Tag mehr zuspitzen. Wir haben den Weg der sozialen Revolution beschritten. Wir sehen, daß weite Kreise des Mittelstandes und Kleinbauerntums durch die Verhältnisse bereits proletarisiert sind. Die Kleinbauern, die nicht genügend Land selbst haben, sind verpflichtet, um leben zu können, sich Acker von dem Großgrundbesitzer zu pachten, wobei sie natürlich einen unheimlichen Pachtpreis zahlen müssen. Sieht man sich das Leben der Kleinbauern und der Landarbeiter hier in Deutschland an, so muß man feststellen, daß sie mit Frau und Kindern das ganze Jahr hindurch von früh bis spät abends arbeiten. Sie sind aber heute nicht mehr imstande, für ihre Familien Kleidung zu kaufen. Wenn wir in den kommenden Entscheidungskämpfen den Sieg erringen wollen, so müssen wir uns die Lehren des russischen Proletariats zu eigen machen. Das russische Proletariat konnte nur den Sieg über die Reaktion erringen, indem das Land- und das Industrieproletariat eine geschlossene Macht gegen die Reaktion bildete. So muß auch das deutsche Proletariat darangehen, den untergehenden Mittelstand und die Kleinbauern mit in die revolutionäre Kampffront einzureihen. Das kann nur gelingen, wenn jeder Genosse sich seiner Aufgabe bewußt ist; wir müssen schon heute darangehen, diese untergehenden Schichten für uns zu gewinnen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das Land- und Industrieproletariat zusammengehört zur Erringung des Endzieles. Es muß festgestellt werden, daß Teile des untergehenden Mittelstandes und der Kleinbauern Rettung suchen in den faszistischen Organisationen. Diese müssen wir von ihrem Vorhaben abhalten und ihnen an Hand von Beispielen zeigen, daß dies ein falscher Weg ist; wir müssen ihnen den richtigen Weg zeigen und ihnen begreiflich machen, daß nur die Arbeiter- und Bauern-Regierung die Rettung bringen kann. Sie müssen die Bourgeoisie zum Teufel jagen und selbst das Staatsruder in die Hand nehmen.

Die VSPD. macht Propaganda fürs Hakenkreuz

Die Parole Arbeiter- und Bauern-Regierung wird bei dem ländlichen Proletariat, den Kleinbauern und Landarbeitern, immer populärer. Die Große Koalition ist sogar bei der politisch weniger aufgeklärten Landbevölkerung in Gefahr. Kein Wunder, daß die vereinigten VSPD. in der letzten Zeit eine wüste Schimpfkanonade gegen die künftige Arbeiter- und Bauern-Regierung führt. Eindeutig geht ihre Rolle als Beschützerin nicht nur der republikanischen Staatsform an und für sich, sondern ganz besonders des privatkapitalistischen Profitsystems aus einem Artikel des bayrischen Wochenblattes hervor. In ihm finden wir eine enge Gesinnungsgemeinschaft zwischen VSPD. und Deutschvölkischen, die in folgenden schönen Versen gipfelt:

„Bauern, Juden, Säue
Machen groß Geschreie,
Packt man ein' beim Ohr
Schreit der ganze Chor!"

Das wagt die VSPD. in der Hochburg des Faszismus. Sie beweist damit, daß ihr nichts mehr an dem Kampfe gegen die Reaktion gelegen ist. Das Landproletariat, besonders aber die von den Sozialdemokraten ganz besonders in Bayern um die Früchte der Revolution betrogenen Bauern, werden ihre Konsequenzen aus dieser neuartigen Hakenkreuzeinstellung dieses sogenannten Arbeiterorganes ziehen.

Nun erst recht Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Die Großagrarier schlagen los!

Kaum waren in Berlin die „Vaterländischen Verbände" zu einem großen Kriegsrat versammelt, in dem der Kampf gegen alle marxistischen Organisationen beschlossen wurde, bekommt der Landbund Mut und lüftet seine wirtschaftliche Maske, die er sich bisher vorgebunden hatte. Er schließt sich offen der politischen Kampfansage der Vaterländischen Verbände an. Sein reaktionärster Teil, der pommersche Landbund, bringt in seinen Nachrichten für Landarbeiter eine Kampfansage an die Gewerkschaften:

„Unter all diesen Umständen wäre es die höchste Zeit, daß die Gewerkschaften wegen ihrer gemeinschädlichen Wirkung von allen Menschen in Verruf getan werden. Sie sind das große Bleigewicht an den Füßen des deutschen Volkes. Solange das Volk durch die Gewerkschaften gefesselt ist, gibt es nach diesen Erfahrungen für Deutschland keinen Aufstieg. Darum muß die Parole lauten: **Kampf allen Gewerkschaften, Kampf allen Klassenorganisationen!**"

Die Arbeiterschaft, besonders die Landarbeiterschaft, aber wird sich ihre Gewerkschaften nicht von den Großagrariern zerschlagen lassen, sondern sie wird ihre DLV. zu einer Kampforganisation umbauen. Sie wird ihre verräterischen Führer, die Saboteure in der Bureaukratie des DLV., zum Teufel jagen und dann frei von allen Fesseln den Kampf aufnehmen gegen die großagrarischen Großmäuler und zum Siege führen, bis zur Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Bauerntagungen in Mecklenburg

In Güstrow, Ludwigslust, Neustrelitz und Neustadt in Holstein fanden am oSnntag, dem 23. September, Bauerntagungen statt. Trotzdem sie in einer für die Landwirte ungünstigen Zeit stattfanden, waren sie sehr gut besucht. Büttner und Häusler, Landarbeiter und Industriearbeiter, sowie Gutsangestellte, haben sich in einer größeren Anzahl eingefunden. Der Siedlerbund, Bund schaffender Landwirte und die Kommunistische Partei hatten diese Tagungen mit Rednern beschickt. Die kommunistischen Redner beleuchteten die politische Lage im Deutschen Reich und zeigten den Bauern, daß nur durch eine Einheitsfront der arbeitenden Stände von Stadt und Land durch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung das heutige Chaos beseitigt werden kann. Schon bei diesen ersten Referaten zeigten die Besucher vom Land durch ihre wahren Beifallsstürme, daß sie damit einverstanden waren. Die Siedler-Referenten zeigten, was bisher die mecklenburgischen Regierungen in den Siedlungsfragen getan hatten. Nämlich nichts. Wenn etwas geschehen ist, so immer nur durch den Druck des Reichsbunds für Siedlung und Pachtung. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß durch ihren Gesetzesvorschlag über das Siedlungswesen den Siedlern nicht geholfen würde, denn solange wie der Grund und Boden sich in den Händen der Großgrundbesitzer befindet, werden sie ihn nicht aus den Klauen lassen. Nur eine Arbeiter- und Bauern-Regierung wird den Großgrundbesitz enteignen können. Die Redner vom Bund der schaffenden Landwirte erläuterten die mißliche Lage, in der die Kleinbauern durch die Bankrottwirtschaft des Staates sich befinden. Die Kleinbauern sind sich bewußt, daß sie allein nichts machen können, aber sie wissen auch, daß das Industrieproletariat ebensowenig ohne die Schaffenden auf dem Lande durchzuführen vermögen. Ein Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet sei daher unumgänglich. Aber vorläufig könne mindestens unter Ausschaltung des Zwischenhandels beiden Teilen durch genossenschaftliches Zusammenarbeiten etwas geholfen werden. Die Diskussionen bewegten sich in obigem Sinne, ja, einige Bauern forderten auf, mit Waffen und Dreschflegel Industrie- und Agrarkapitalisten auf die Knie zu zwingen. Inspektoren erklärten, daß die Arbeiterklasse reif sei, die Betriebe zu übernehmen. Reifer, wie mancher Großgrundbesitzer. Jugendliche Arbeiter forderten, daß die Alten ihnen beistehen sollten im Kampf gegen eine weitere Verelendung der jugendlichen Arbeiter und der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer. In Ludwigslust, wo 250 Bauern und Arbeiter versammelt waren, wurde folgende Entschließung angenommen:

Der am 23. September in Ludwigslust (Mecklenburg) tagende Kleinbauern- und Arbeitertag nimmt Kenntnis von der politischen Lage im deutschen Reich. Nachdem er sich unterrichtet hat über die unzureichende Siedlungstätigkeit der mecklenburgischen Regierung und der traurigen Lage der Kleinbauern- und der Arbeiterklasse, erklären die Besucher, daß nur in einer einheitlichen Kampffront der Arbeiter, Angestellten und schaffenden Kleinbauern gegen den skrupellosen Kapitalismus etwas erreicht werden kann.

Der Bauern- und Arbeitertag fordert, daß der Kleinbesitz steuerlich entlastet und durch eine Staffelung der Großgrundbesitz stärker herangezogen wird, als bisher.

Brachliegendes Land ist sofort ohne Entschädigung zu enteignen und den Siedlern und Kleinbauern kostenlos zur Bewirtschaftung zu übergeben.

Die langfristigen Pachtverträge mit den Domänen sind sofort aufzuheben und in staatliche Mustergüter umzugestalten.

Bestes Saatgut und Düngemittel sind in reichlichem Maße der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. An die kleinen Besitzer und Pächter sind diese Produkte zu verbilligten Preisen abzugeben.

Die Konferenz verspricht, schnellstens Kontrollausschüsse, zusammengesetzt aus Kleinbauern, Siedlern und Arbeitern zu schaffen. Desgleichen wird sie der Gründung einer Genossenschaft zwischen Arbeitern und Landwirten ein größeres Augenmerk schenken, damit der Zwischenhandel und Wucher ausgeschaltet wird.

Sie ist sich aber auch bewußt, daß die Kleinbauern im Verein mit den proletarischen Hundertschaften Abwehrorganisationen gegen den Faszismus schaffen muß, um einer Diktatur von rechts vorzubeugen.

Sie spricht sich aus für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung, die die Sachwerte erfaßt, um endlich den wirtschaftlichen Aufbau vorzunehmen, zum Nutzen der werktätigen und arbeitenden Massen.

Damit es aber nicht nur bei dieser Resolution verbleibt, sondern auch der Inhalt in die Tat umgesetzt werden kann, wählt der Bauerntag eine siebengliedrige Arbeitskommission zur Vorbereitung des Zusammengehens der arbeitenden Stadt- und Landbevölkerung. Es wurden gewählt: der Häusler Rose (Kietz), Häusler Henning (Degenthin), der Siedler Mosall (Heidorf), Siedler und Staathalter Stürzenbecher (Bauernkuhl), Arbeiter Goldenbaum (Parchim), Arbeiter Arndt (Neustadt) und Frau Niebuhr (Grabow).

Die Rechenkünstler vom Landbund

Der „Schlesische Landbund" versucht den Behauptungen der bösen Kommunisten, daß die Großagrarier mit ihren Erzeugnissen Wucher treiben, die Spitze abzubrechen. Er hat es ja auch sehr nötig, denn in dieser Beurteilung der Krautjunker sind sich nicht nur die Kommunisten, sondern überhaupt alle Verbraucherkreise vollkommen einig. Die Pressehunde der Landbündler heulen wieder einmal das „wirtschaftliche Elend" der Großagrarier in alle Welt hinaus. In einer Gegenüberstellung der Preise für alle Industrieprodukte und landwirtschaftlichen Erzeugnisse suchen sie den Beweis zu führen, daß die Preise der Landwirtschaft weit hinter den Preisen der Industrie zurückbleiben.

Sie fangen es, wie alle Kapitalisten, sehr raffiniert an. Als Stichtag haben sie den 1. September gewählt. An diesem Tage stand der Weizen auf 17 Millionen pro Zentner. Sein Preis betrug also rund das 1 700 000fache. Die Preise für die wichtigsten zur Getreideproduktion notwendigen Industrieprodukte betrugen das 90 000- bis 4 000 000fache. Im Durchschnitt also eine 2 000 000-fache Steigerung der Industriepreise gegenüber der 1 700 000fachen Steigerung der Agrarerzeugnisse.

Das war am 1. September. Eine Woche später aber waren die Preise für die Produkte der Großagrarier denen der Industrieware überlegen. während die Preise für Düngemittel und Maschinen sich annähernd auf dem Niveau vom 1. September gehalten haben, war bei der landwirtschaftlichen Produktion eine dreifache Preissteigerung eingetreten.

Das nächste Mal werden wieder die Industriellen an der Spitze mit ihren Preisen marschieren. Die Kapitalisten von Ar und Halm und die von Schlot und Rauch teilen sich da immer hübsch ihre Rollen, sie nutzen die Konjunktur immer abwechselnd aus. Die Dummen dabei sind immer die Arbeiter, Angestellten und kleinen Bauern.

Nein, Ihr Schlotbarone und Krautjunker!
Hier hilft kein Pudern und kein Schminken,
Euer Wucher tut zum Himmel stinken!

Die russische landwirtschaftliche Ausstellung und die deutschen Bauern

Nachdem eine größere Anzahl von Almanachs im Deutschen Reiche verschickt sind und die bürgerliche Presse nicht umhin konnte, diese Ausstellung zu erwähnen, erfuhren die Bauern endlich, von welch internationaler wirtschaftlicher Bedeutung die in Moskau stattfindende riesige landwirtschaftliche Ausstellung ist.

Wir erhalten von allen Seiten des Reiches eine große Anzahl Zuschriften aus bäuerlichen Kreisen, mit dem Dank für den zugesandten Almanach und auch mit der Bitte um seine Zusendung. Es wird mehrfach der Freude Ausdruck gegeben, daß der russische Bauer die Initiative ergreift. um seiner, sowie auch der deutschen Landwirtschaft helfend beizuspringen. Man wünscht ferner, daß die Bauern davon unterrichtet werden, was die Ausstellung an Vorteilen gebracht hat. Kleinbauern sprechen den Wunsch aus, daß sich die Ausstellung dahin auswirken möchte, daß sie zur Futterbelieferung der kleinen Bauern (Kraftfutter) führt, wofür Saatgut und andere Dinge an die Bauern nach Rußland abgeführt werden möchten.

Das darf aber nicht geschehen durch Getreidehändler, Kommissionäre und wie diese Zwischenhändler alle heißen, sondern auf genossenschaftlichem Wege, unter Ausschaltung der Wucherer und Schieber.

Ein ostpreußischer Amtsvorsteher schreibt uns folgendes:

„Bezugnehmend auf die Sendung des Almanachs für die Allrussische Ausstellung bin ich beauftragt, Ihnen unsern besten Dank auszusprechen. Gleichzeitig darf ich Ihnen mitteilen, daß die Ueberweisung des Almanachs eine noch nie dagewesene Propaganda für unsere Bauernsache wird. Hier im ostpreußischen Agrarland, wo eine außerordentliche Hetze gegen Rußland immer getrieben wurde, schlagen die Herzen der kleinen Bauern für die russischen Bauern. Wir sehnen den Tag herbei, wo eine internationale Verbindung zwischen den deutschen und russischen Bauern herbeigeführt werden kann. Wir haben es satt, von den deutschen Großgrundbesitzern und Handelskapitalisten abhängig zu sein.

Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo diese Verbindung hergestellt wird. Diesen großen Erfolg wünschen wir der russischen landwirtschaftlichen Ausstellung." Unterschrift.

Was tut der DLV.?

Auf dem Hof Mauer in Württemberg, der zu den Rittergütern Nippenburg, Markun, Münchingen gehört, herrschen skandalöse Zustände. Der Hof ist an eine Zuckerfabrik in Stuttgart-Kannstadt verpachtet, die trotz aller anders lautenden Vereinbarungen nur vier Fünftel des Tarifs auszahlt, so daß in den vierzehn Tagen, vom 5. bis 18. August, die Arbeiter an barem Geld schäbige 700 000 Mark ausgezahlt erhielten.

Was tut der DLV., um diesen Mißständen zu steuern? Ist er mit Kommunistenhetze so belastet, daß er keine Zeit mehr hat, sich um die Not der Landarbeiter zu kümmern?

Berliner Produktenmarkt

Berlin, 27. September. Infolge der am Devisenmarkt eingetretenen Preiserhöhungen war auch die Stimmung am Produktenmarkt bei etwas höheren Preisen durchschnittlich fester. Von Auslandsware wurden namentlich Roggen und Gerste, vereinzelt aber auch Weizen, Mehl und Mais, stärker gehandelt. Lebhafter gefragt war heimischer Roggen. Sonst hielten sich die Umsätze bei leicht anziehenden Preisen in engen Grenzen.

An der Mittagsbörse wurden notiert per 50 Kilogramm ab Station in Millionen: Weizen, märkischer 245—255 Mk., schlesischer 240—250 Mk., Roggen, märkischer 220 bis 225 Mk., Sommergerste 235—250 Mk., Wintergerste —, Hafer, märkischer 215 bis 220 Mk., pommerscher 208—215 Mk., Weizenmehl für 100 Kilogramm 800—900 Mark, Roggenmehl 700—775 Mk., Weizenkleie für 50 Kilogramm 120—130 Mk., Roggenkleie 120—130 Mk., Raps 325—350 Mk., Viktoriaerbsen 650—750 Mk., Speiseerbsen, kleine 550—600 Mk., Rapskuchen 150—160 Mk., Trockenschnitzel prompt 100 bis 110 Mk., Torfmelasse 30—70 Prozent 100—110 Mk., Kartoffelflocken 225 Mk.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 23 bis 25 Mk., Haferstroh, drahtgepreßt 22—23 Mk., Gerstenstroh —, Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt —, Roggenlangstroh gebündelt 19—21 Mk., Häcksel —, Heu, gutes 21—25 Mk., do. handelsübliche Ware 20—21 Mk. **Alles für 50 Kilogramm ab Station.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 23.-30. Sept. 15 Mill. M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 1200000 M. für den Millim. Höhe u. Spalte, 6 Mill. M. f. Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 2½ Mill. Mk. | Freitag, den 28. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 227

An das gesamte arbeitende Volk!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende und Bauern!

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat vor Poincaré kapituliert

Sie hat den passiven Widerstand eingestellt. Das bedeutet, trotz all ihrer Beteuerungen, die vollkommene Unterwerfung unter das Diktat des französischen Imperialismus. Deutschland soll unter feindliche Vormundschaft gestellt, in eine Kolonie verwandelt werden. Das heißt schlimmeren Druck und schändliche Ausplünderung des deutschen Volkes. Die Löhne sollen noch niedriger, die Sozialrenten, die Arbeitslosengelder beschnitten, der Hunger noch fürchterlicher werden. Unerträglich lang soll die Arbeitszeit werden und schrecklich der Umfang der Arbeitslosigkeit.

Wenn das alles gelingen soll, so muß die Arbeiterschaft erst niedergeschlagen werden.

Und sie haben es alle verstanden, die kapitalistischen Regierungen, die großen Plünderer des deutschen Volkes, Stinnes, Krupp u. Ko., die Landsknechtsgenerale und die faszistischen Arbeitermörder.

Die Rheinbündler,

die Landesverräter und Aasgeier des Ruhrkrieges, die Schützlinge des französischen Militarismus, sind drauf und dran, das Rheinland vom Reiche abzutrennen. Die Auflösung Deutschlands beginnt.

Hitler

ruft in München zum Generalsturm auf. Von Bayern aus will er ganz Deutschland aufrollen. In Sachsen und Thüringen wollen sie das große Schlachten beginnen. Um Berlin herum sammeln sich faszistische Banden. In den Provinzen werden sie mobilisiert.

Ueber Bayern ist von der Knilling-Regierung der Belagerungszustand verhängt worden.

Kahr,

der Held des Kapp-Putsches, der Feind der Reichseinheit, ist zum unumschränkten Diktator ernannt worden. Die Monarchie ist in Bayern auf dem Marsch.

Ebert, Geßler, Seeckt

haben das als Vorwand benutzt, und den Belagerungszustand über ganz Deutschland verhängt. Geßler hat als Reichswehrminister zusammen mit dem General Seeckt die verbotenen bewaffneten Banden des Großkapitals ausgerüstet und eine schwarze Reichswehr aufgestellt. Die Sozialdemokratie forderte vor Eintritt in die Koalitionsregierung die Beseitigung dieses Reichswehrministers Geßler. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert aber hat jetzt demselben Geßler diktatorische Vollmachten in die Hand gegeben. Alle politischen Rechte, jeder Schutz der Verfassung ist aufgehoben, der Militarismus herrscht schrankenlos.

Ausnahmejustiz, Todesstrafen!

So schreit es aus den Verordnungen Eberts heraus.

Gegen wen sind diese furchtbaren Drohungen und Rüstungen gerichtet? Gegen die Landesverräter der Rheinland-Republik? Kein Ebert und kein Stresemann kann an sie heran. Sie stehen unter dem Schutze der französischen Waffen. Ist er gerichtet gegen die Faszisten und gegen die Bayern-Regierung, die Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen und das Reich zerschlagen wollen? Nein! Mit ihnen zusammen wird ein abgekartetes Spiel betrieben.

Gegen die Arbeiterklasse!
Gegen Sachsen und Thüringen!

Der Kampf gegen das deutsche Proletariat ist vorbereitet worden durch die Koalitionsregierung, durch die Unterdrückung der Betriebsrätebewegung, durch die Verfolgung und die Verbote der kommunistischen Presse, durch die Verhaftung kommunistischer Funktionäre, durch die Blutbäder unter den Hungernden in vielen Städten Deutschlands.

In diesem Kampfe versuchen die Feinde des Proletariats, die Arbeiterklasse zu spalten, sie zu provozieren, um sie vereinzelt niederschlagen und so die

absolute Herrschaft des Großkapitals

über die Arbeiterklasse aufrichten zu können.

Für diesen Kampf, den furchtbarsten, vor dem die deutsche Arbeiterschaft je gestellt wurde, ist die höchste Tatbereitschaft, die größte Entschlossenheit und festeste Geschlossenheit aller arbeitenden Massen notwendig.

Wo steht die Vereinigte Sozialdemokratische Partei?

Ihre rechten Führer, die politisch längst bankrott sind und das Vertrauen ihrer eigenen Parteigenossen schändlich mißbraucht haben, dulden nicht nur die Vorbereitungen zur Abschlachtung und Versklavung des Proletariats, sie sind die Hauptschuldigen bei diesem Unternehmen.

Ebert, der Kumpan Noskes, der Feind der sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen, hat Geßler gegen seine eigene Partei geschützt und ihn jetzt zum Diktator gemacht.

Hilferding bereitet die „Gesundungskrise" vor, indem er eine Goldwährung für die Reichen schafft und die Reichsfinanzen zu retten sucht durch die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialrenten und die Aufhebung des Achtstundentages.

Sollmann, der sein Amt begann mit der Unterdrückung der „Roten Fahne" und dem Verbot der Betriebsrätebewegung, er setzt jetzt seine ganze Polizei gegen die Arbeiter ein. Er, der schwarzrotgoldene Nationalist, will die Arbeiter gefügig machen für die Unterwerfung unter das französische Diktat.

Radbruch organisiert die Sondergerichte gegen die Arbeiterklasse.

Alle diese rechten Führer in der Regierung handeln im Einverständnis mit den Instanzen der VSPD. Sie bilden, ihrer alten Verräterrolle getreu, eine einzige Front mit den Großkapitalisten, den Generalen, der Reichswehr und den Faszisten. Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands hat am 24. September 1923 an die Spitzenkörperschaften der VSPD., des ADGB., der AfA., der USP gegen die [illegible] die Forderung eines gemeinsamen [illegible] kratischen Partei- und Gewerkschaftsführer haben dieses Angebot abgelehnt, sie haben zusammen mit der Bourgeoisie

Militärdiktatur und Belagerungszustand

[illegible] ellieren nicht an das [illegible] ären monarchistischen [illegible] die konterrevolutio- [illegible]

[illegible] demokratie behaupten, [illegible] Entschlossenheit. Sie [illegible] zu spät ist?

[illegible] atischen Arbeiter- [illegible] sammen mit den [illegible] ionären Arbeiter- [illegible] men.

[illegible] Proletariats!

[illegible] trieben und an allen [illegible] der Partei zusammen- [illegible] utz vorbereiten. Sie [illegible] m Orte in die Front [illegible] ntreten.

[illegible] werden.

[illegible] **über ganz Deutsch-** [illegible] ein auf jeden Angriff [illegible]

[illegible] ht, daß man ein- [illegible] äßt Euch nicht in [illegible] n.

[illegible] er Arbeiter ent- [illegible] gelingen, die fünf- [illegible] werfen. Dann ist der Sieg des Proletariats gewiß.

Arbeiter, Genossen! Schwer und gewaltig wird der Kampf werden, den Euch die Feinde aufgezwungen haben. Kämpft ihn durch, wenn er beginnt, mit aller Tatkraft, Begeisterung und Opferfreudigkeit. Es geht um Euer und der Euren Leben. Es geht um Euren Sieg. Es geht um das Schicksal des internationalen Proletariats.

Reißt alle Kräfte zusammen!
Nieder mit den Faszisten!
Fort mit der Großen Koalition der kapitalistischen Plünderer!
Weg mit Belagerungszustand und Militärdiktatur!
Die Waffen in die Hände der Arbeiter!
Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!
Mögen die Reichen Reparationen zahlen!
Es lebe der Massenstreik!
Es lebe der Kampf!

Berlin, 27. September 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der III. Internationale).

Diktatur der Faszisten — Kapitulation vor Poincaré — Ausnahmezustand gegen das Proletariat

Die Republik hat kapituliert. Sie kapituliert vor Poincaré und vor den Faszisten. Die Republik lieferte alle Staatsmacht an das Dreimänner-Direktorium: Seeckt, Geßler, Lossow.

Während bis vor wenigen Tagen die Sozialdemokratie, wenn auch nur insgeheim, noch einen Kampf gegen Geßler führte, d. h. gegen Geßler-Seeckt, so hat sie nun alle Staatsmacht an die Leitung der Reichswehr und das heißt — an die Faszisten ausgeliefert. Der Belagerungszustand über das Reich ist objektiv ganz zweifellos **eine Kriegsvorbereitung gegen das Proletariat.** Der Belagerungszustand über das Reich ist weiter der Versuch, die norddeutschen mit den süddeutschen Faszisten in eine Linie zu bringen und so einige widerstrebende Elemente schachmatt zu setzen. Sollte Hitler trotzdem einen Versuch machen, loszuschlagen, so gilt es nicht, die Republik zu retten, denn sie ist nicht mehr bedroht, die haben die Ebert-Hilferding an Seeckt-Geßler und Hitler-Ludendorff ausgeliefert, — dann gilt es für das Proletariat, unmittelbar seine besten Stützpunkte: **Sachsen und Thüringen zu schützen.** Die Waffen in der Faust der Hitlerbanden würden selbstverständlich auch dem Proletariat die Waffen in die Faust drücken. Und ganz selbstverständlich dürfte das sächsische und thüringische Proletariat **nicht allein** im Kampfe stehen: die Gesamtarbeiterschaft müßte sich hinter die sozialdemokratischen und kommunistischen Proletarier stellen, die zuerst in Sachsen und Thüringen, und dann auch im ganzen Reich, von den Faszisten niedergeknüppelt werden sollen.

Faszisten zu verständigen. Darum zunächst die Auslieferung der Regierung an den Oberkommandeur konterrevolutionärer Kräfte, an Seeckt. Glückt es, durch diesen Trick die widerstrebenden faszistischen Elemente zu binden, dann kann die gesamte reaktionäre Kraft, die vollständige Staatsmacht, gegen die Arbeiterschaft, gegen das rebellierende, hungernde Volk eingesetzt werden. Wahrscheinlich wird man dann versuchen, auf dem kalten Wege der Verordnungen, der „Beglückung" Sachsens und Thüringens mit Reichskommissaren, denen unbeschränkte Gewalt gegeben wird, das Proletariat in Sachsen und Thüringen niederzuwerfen. Dann wird der wahre Zweck des Belagerungszustandes offenbar.

Hier liegt die größere Gefahr für das Proletariat. Gegenüber dieser Gefahr muß es erst recht auf der Hut sein, muß es in erhöhter Alarmbereitschaft stehen. Gegen den Versuch, Sachsen und Thüringen, d. h. die Bezirke mit starken sozialdemokratischen oppositionellen Schichten, mit den Mitteln der Staatsmacht und Unterstützung faszistischer Methoden zu erwürgen, muß das gesamte Proletariat zur Gegenwehr auf den Plan rufen. **Unter keinen Umständen darf man die sächsischen und thüringischen Brüder allein kämpfen lassen.** Nicht über Sachsen und Thüringen, über das **Schicksal des gesamten Proletariats wird bei diesem Ringen entschieden.**

*

In diesem Augenblick bekommt die Frage der **Regierungsbildung** eine neue, eine erhöhte Bedeutung. Die VSPD.-Bureaukratie möchte sich vor den Konsequenzen des Klassenkampfes, der Auseinandersetzung mit den Faszisten, herumdrücken. Jetzt heißt es: Farbe bekennen! Die Gefahr des Faszismus ist akut geworden. Die Gefahr der Niederknüppelung des Proletariats hängt von Entscheidungen der Stunde ab. Wer jetzt die Einheitsfront des Proletariats stört, der liefert es den Faszisten aus. Sozialdemokratische, kommunistische Arbeiter, alle proletarischen Existenzen müssen nun von der führenden Sozialdemokratie kategorisch verlangen:

1. **Verpflichtung, als Regierung sofort das Proletariat zu bewaffnen.**
2. **Als Partei, mit der KPD., mit anderen proletarischen Organisationen gemeinsame Kampfaufrufe herauszugeben.**
3. **Gemeinsame Abwehrorganisationen zu bilden.**

Weiter muß von den Sozialdemokraten das Zugeständnis gefordert werden, daß sie sich bereit erklären, durch Bildung eines **roten Blockes in Mitteldeutschland** sofort die Grenze durch Aufstellung einer bewaffneten Macht gegen Bayern zu schützen.

*

Das Spiel mit Worten ist nun aus. Gestern noch hat der ADGB. auf den Offenen Brief der KPD., in dem er zu gemeinsamem Kampf für die Interessen des Proletariats aufgefordert wird, höhnisch abweisend geantwortet, mit dem Bemerken, daß der ADGB. die Interessen der Arbeiter — und der Republik im gegebenen Augenblick durch Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel wahrnehmen werde. Wir fragen den ADGB.:

Welche gewerkschaftlichen Mittel setzt er nun ein zum Schutze der Republik, die der Sozialdemokrat Ebert, die die sozialdemokratischen Minister vollständig an den Militarismus, an die Faszisten ausgeliefert haben?

Wir fragen:

Welche Mittel will er gegen die Waffen der Faszisten einsetzen, um die Lebensinteressen der Arbeiter zu sichern?

Hier helfen keine Redensarten. Klipp und klar muß der ADGB. solche Fragen beantworten. Er muß sie den Gewerkschafts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230928-18/fragment/page=0009